

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 31. Januar 1931

Nummer 9

Vor dem Rubikon!

Reichskanzler Dr. Brüning hat am 25. Januar in Köln eine beachtenswerte Rede gegen die Scharfmacher in allen Lagern gehalten und insbesondere vor politischen Spekulationen in Lohnstreitigkeiten gewarnt. Er prägte dabei folgenden mutigen Satz: „Sollten in Lohnstreitigkeiten politische Überlegungen hineinkommen — etwa derart, als müsse zuerst das Chaos kommen, es könne gar nichts schaden, wenn die Arbeiterschaft nach einem solchen Chaos auf Jahre hinaus am Boden liege —, sollte sich diese Auffassung Geltung verschaffen, so wird die Reichsregierung alles tun, um auch die Staatsautorität gegenüber solchen Theorien zu sichern.“ Es ist zweifellos an der Zeit, daß von kompetenter Stelle aus den neuzeitlichen Gewaltpolitikern gegen Volk und Staat mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt wird, daß sie wie einst Julius Cäsar vor dem Rubikon stehen, dessen Überschreitung diesen Gewaltigen mit Riesenschritten seiner Vernichtung auslieferte. Aber auch die Reichsregierung selbst sollte sich nicht zuletzt darüber klar sein, daß sie mit dem von ihr beschrittenen Weg des Lohnabbaues eine nicht minder gefährliche Richtung eingeschlagen hat. Denn in Wirklichkeit ist doch, wenn auch ungewollt, trotz der von ihr mit oder ohne Notverordnung begünstigten Lohnsenkung die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland nicht geringer, sondern immer größer geworden. Die Tatsachen, daß die seit über Jahresfrist durchgeführte Herabsetzung der Löhne die Kaufkraft der großen Masse des Volkes um über drei Milliarden Mark geschwächt hat, und daß die auf Preisabbau gerichteten Hoffnungen nur eine weitere Zurückhaltung der Käufer ausgelöst haben, die den Warenabsatz noch mehr einengte, haben neben den immer unbefreitbareren gewordenen Kapitalfehlanlagen während der letzten Jahre nicht wenig dazu beigetragen, daß das Millionenheer der Arbeitslosen und die Masse der brachliegenden Produktionsmittel immer größer geworden sind. Dieses traurige Ergebnis wird sich mit jedem weiteren Kapitel von Lohnsenkungen nur noch mehr steigern und damit Staat und Wirtschaft dem Chaos nicht minder schnell zutreiben als die vom Reichskanzler mit Recht verurteilten nationalistischen Strömungen. Denn letztere gedeihen ja nur deshalb so hemmungslos, weil der Widerstand menschlicher Vernunft infolge der Nachgiebigkeit der Reichsregierung gegenüber den sogenannten Wirtschaftsführern, die sich heute schon als die Herren des Staates fühlen, bei den großen Massen des Volkes keine Stütze finden kann. Die Hoffnung, daß durch Senkung der Löhne, der ja infolge der heutigen Verlaufsbelastung des Produktionsapparates kein gleichwertiger Preisabbau zur Seite gestellt werden kann, der Absatz deutscher Waren auf dem Weltmarkt wesentlich gesteigert werden könnte, wird an den diesbezüglichen Gegenströmungen im Ausland sicher scheitern und das deutsche Volk nur noch ärmer als bisher machen.

Gen erkennen wir an, daß der Reichskanzler diese Gefahr allmählich schärfer zu erkennen beginnt und sich bemüht, das ihm anvertraute Staatssteuer fester in die Hand zu nehmen. Seine im Rahmen der erwähnten Kölner Rede aufgeworfene Frage: „Sollte es in Deutschland nie möglich sein, daß noch einmal Arbeitnehmer und Arbeitgeber vom Standpunkt der Solidarität sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen und sich über gemeinsame Maßnahmen unterhalten?“, beantworteten wir Buchdrucker offen und frei mit Ja! Und zwar in der Richtung, daß es im Sinne des Reichskanzlers „möglich sein müßte, zu überlegen, wie gewisse Fragen, z. B. die der Arbeitszeit, zum Ausgleich von schwerwiegenden Nachteilen der Nationalisierung elastisch von Fall zu Fall und

von Gewerbe zu Gewerbe unterschiedlich beraten und gelöst werden können. In dieser Richtung haben die Vertreter der Gehilfen und Hilfsarbeiter schon am 15. Dezember v. J. unter Zustimmung der gesamten Arbeiterschaft in deutschen Buchdruckgewerbe der zuständigen Tariff Kommission folgenden Antrag unterbreitet:

Die Lohnvereinbarung vom 14. März 1929 wird verlängert.

Die wöchentliche Arbeitszeit ist zum Zwecke der Wiedereinstellung arbeitsloser Gehilfen und Hilfsarbeiter vorübergehend auf 40 Stunden, die auf fünf Tage zu verteilen sind, zu verkürzen.

Der sich daraus ergebende Lohnausfall ist unter besonderer Berücksichtigung der Minderentlohnungen von Unternehmern und Arbeitern zu tragen.

Der § 3, Ziffer 1, des Manteltarifs soll durch die vorübergehende Verminderung der Arbeitszeit nicht berührt werden.

Aber diesen Antrag wurde am 15. und 16. Dezember vorigen Jahres im Zusammenhang mit einem Antrag von Unternehmerseite, der einen Lohnabbau um 14,5 Proz. forderte, sowohl vor der Tariff Kommission wie vor dem Zentralschlichtungsamt und am 17. Dezember in der Schlichterkammer mit dem Ergebnis verhandelt, daß durch einen Schiedspruch der bestehende Lohnsatz bis zum 13. Februar verlängert und die Fortsetzung der Beratung zur Fällung eines weiteren Schiedspruchs durch die gleiche Schlichterkammer auf den 2. Febr. v. J. 1931 festgesetzt wurde. Diese Entscheidung wurde durch den Vorsitzenden des Zentralschlichtungsamtes, den Herrn Professor Dr. Braun, wie folgt begründet:

„Die Verhandlungen waren für eine Lohnverhandlung außerordentlich lang und schwierig. Es ergaben sich zwischen den Parteien sehr verschiedene Anschauungen darüber, wie sich die ganze Lage auf dem deutschen Markt, besonders die Frage der Preise, wohl in Deutschland entwickeln würde. Wenn man auch in andern Bezirken glaubte, auf Grund der vorliegenden Tatsachen schon zu bestimmten Schiedsprüchen kommen zu können, so war es uns bei der ganzen besonderen Lage des Buchdruckgewerbes kaum möglich, im Augenblick zu übersehen, was sich mit Rücksicht auf die Entwicklung des Index ergeben kann. Wir hatten daher die Bestürzung, daß wir der einen oder anderen Partei ein Unrecht tun könnten, wenn wir einen bestimmten Schiedspruch mit irgendwelchen bestimmten Inhalten fällen würden. Es schien uns daher, daß es für beide Seiten geeigneter ist, wenn wir noch eine kurze Zeit abwarten, wie die Entwicklung tatsächlich vor sich geht. Und wir sind überzeugt, daß es uns möglich sein wird, in der Zeit, die nun vorliegen ist, einen fester begründeten Schiedspruch zu fällen.“

Wenn auch in dieser Begründung die Frage der Arbeitszeiterkürzung nicht erwähnt wurde, so bildete sie trotzdem das Gerippe der Verhandlungen der Tariff Kommission wie vor dem Zentralschlichtungsamt. Für die Schlichter bot sich jedoch infolge tarifrechtlicher Einwände von Unternehmerseite noch keine Möglichkeit, eine einschlägige Entscheidung zu treffen. Dies dürfte jedoch nach der öffentlichen Stellungnahme des Reichskanzlers zu dieser Frage keine Unmöglichkeit mehr sein. Es wäre dazu nur nötig, daß die Reichsregierung der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozesse eine größere Bedeutung als der zweifelsfrei erprobten Lohnsenkung beilegt und besonders für solche Gewerbe, wo der Macht des Unternehmertums verhältnismäßig starke Kräfte auf Arbeiterseite gegenüberstehen, zeitgemäße Verhandlungs- oder Vereinbarungsmöglichkeiten nicht durch einseitige Entscheidungen der staatlichen Schlichter verbaut. Aus der Formulierung des Antrags der Buchdruckereiarbeiter geht unzweideutig hervor, daß sie zugunsten ihrer arbeitslosen Kollegen auf dem Lohngebiet opferbereit sind, und daß über den Umfang dieser Opferbereitschaft, die selbstverständlich nicht nur einseitig sein kann, sondern auch von Unternehmerseite geteilt werden müßte, nach wie vor auch Verhand-

lungsbereitschaft besteht. Durch eine mehr staats- als gewerbepolitisch beeinflusste Vorwegnahme einer Entscheidung auf dem Lohngebiet würde jedoch eine solche Vereinbarungsmöglichkeit nicht nur erschwert, sondern direkt unmöglich gemacht. Wir sind der festen Überzeugung, daß wenn der Reichsarbeitsminister in Übereinstimmung mit der Reichsregierung und im Sinne des Reichskanzlers nicht in einseitiger Weise den Wünschen der Unternehmer Rechnung trägt, sondern die Verantwortung den Tarifparteien selbst überläßt, die Möglichkeit einer Verständigung in der gedachten Richtung sehr wohl gegeben sein dürfte. Es fehlt übrigens in der Tarifgeschichte des deutschen Buchdruckgewerbes nicht an Vorbildern in dieser Beziehung, und zwar noch aus Nachkriegszeiten, als die gewerbliche Lage noch viel ungünstiger war als heute, trotz der schweren Krise; worüber in dem umfangreichen Werk von Dr. Julius Blach über „Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe 1914 bis 1925“ auf Seite 349 usw. zuverlässige Angaben zu finden sind.

Die Möglichkeit einer solchen Lösung ist zwar auch für das Buchdruckgewerbe nicht leicht; sie würde an beide Tarifparteien hohe Anforderungen gewerbepolitischer Solidarität stellen. Aber sie kann bei beiderseitigem guten Willen durchgeführt werden. Und zwar unter Verzicht auf Abbau des Reallohnes, d. h. unter paritätischer Übernahme der aus Wiedereinstellung eines entsprechenden Teiles der arbeitslosen Buchdruckereiarbeiter in das Gewerbe durch vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit entstehenden Kosten durch Unternehmer und Arbeiter. Immer noch ist die Zahl der im deutschen Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen nicht viel geringer als in den letzten Jahren. Das beweisen trotz einer Arbeitslosigkeit bis zu 25 Proz. (einschließlich Kurzarbeiter) die immer noch vorhandenen Beitragszahlen in unserem Verband, die auch gegenwärtig noch nur um einige Hundert hinter den Zahlen der beiden letzten Jahre zurückbleiben. Der Beschäftigungsgrad des Buchdruckgewerbes ist im Vergleich zu vielen anderen Gewerben und Industrien immer noch einer der höchsten, was auch durch amtliche Feststellungen noch für die letzten Monate seine Bestätigung gefunden hat. Die trotzdem größer gewordene Zahl der Arbeitslosen ist in der Hauptsache auf den progressiven Zuwachs des gewerblichen Nachwuchses in den letzten Jahren zurückzuführen, der von dem teils stabil gebliebenen Produktionsprozeß, teils infolge der maschinentechnischen Vervollkommnung des Produktionsapparates nicht mehr beschäftigt werden konnte. Es ist leider nicht anzunehmen, daß die nachteiligen Wirkungen dieser Ursachen in absehbarer Zeit ohne eine andere Vorgehensweise der gegebenen Arbeitskräfte abgeschwächt werden könnte. Die Gründe dafür haben wir sowohl nach der Preisgestaltung wie der Lohnfrage schon in den Nr. 6 und 8 ausführlich behandelt. Bemerkenswert ist wir dazu nur noch, daß die in Nr. 8 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“ (Unternehmerorgan) vom 27. Januar d. J. gegen unsere preistariflichen Feststellungen vorgebrachten Einwände den wirklichen Tatsachen nicht entsprechen, und daß die von ihr aufgestellten Stundenlohnberechnungen nur auf eine abschließliche Verschleierung der wahrheitsgemäßen Preisgestaltung hinauslaufen; was jeder halbwegs sachkundige private oder amtliche Auftraggeber des Buchdruckgewerbes sehr leicht durch Vergleich seiner einschlägigen Rechnungen feststellen kann. Es wäre besser gewesen, die „Zeitschrift“ hätte von einer solchen „Beweisführung“ Abstand genommen. Denn sie legt uns dadurch nur die Pflicht auf, die schon in

Nr. 7 des „Korr.“ ergänzte weitere Spezialisierung des Druckpreisetarifs demnächst noch gründlicher vorzunehmen. Wenn wir heute zunächst noch darauf verzichten, so geschieht dies nur in der Erwartung, daß auf Prinzipalsseite bei den bevorstehenden Verhandlungen am 2. Februar etwas mehr Verständnis für gewerbepolitische und zeitgemäße Notwendigkeiten die Oberhand gewinnt.

In der gleichen Erwartung möchten wir hiermit den Vorhang über das öffentliche Vorspiel zu der bevorstehenden Fortsetzung der Verhandlungen der Schlichterkammer für das deutsche Buchdruckergewerbe fallen lassen. Es wird dabei nicht nur Lohn und Preis auf dem Spiele stehen. Denn der letztere kann auch noch unserer Ansicht trotz seiner offiziellen Pauschalität in der Praxis kaum noch mehr gefunden werden, am allerwenigsten deshalb, weil er die Möglichkeit bieten soll, dem Grundloß vom Leben und leben lassen auch der Arbeiterschaft gegenüber Raum zu lassen. Und der Lohn der Buchdruckereiarbeiter hält sich angesichts der hohen beruflichen Anforderungen, die das mit seiner sehr komplizierten technischen Struktur von besonders qualifizierten Arbeitsträften abhängige Buchdruckergewerbe stellt, in einem Rahmen, der, wie wir schon in voriger Nummer nachgewiesen haben, ohne ernstliche Gefährdung der beruflichen Leistungsfähigkeit, vor allem aber nicht ohne innere Verbundenheit mit seinen Arbeitern geschnitten werden kann. Zu letzterem kann und wird sich die Gehilfenschaft des Buchdruckergewerbes bis zu einem gewissen Grade nur dann freiwillig bereit erklären, wenn sie dafür die Gewißheit und Genugtuung erhält, daß ihr diesbezügliches Opfer nur ihren heute noch arbeitslosen Kollegen durch Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß zugute kommt. Daß die Gehilfenschaft unter solchen Voraussetzungen zu Opfern bereit ist, kommt in ihrem Antrag zum Ausdruck. Es wird dabei weniger von der Arbeiterschaft selbst als von der Einsicht auf Unternehmenseite abhängen, ob es zu einer für beide Teile erträglichen Verständigung der Tarifparteien am 2. Februar d. J. und folgende Tage kommt oder nicht. Nach unserer Ansicht haben die Schlichter in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister nunmehr in dieser Richtung eine wesentlich größere Bewegungsfreiheit als am 15. Dezember v. J. Mögen Vernunft, soziale Einsicht und staatspolitische Klugheit ihr Handeln und ihre Entscheidung leiten und sie vor einer Überschreitung des bewußten Kubiton abhalten. Und zwar in dem Sinne, wie die Arbeiterschaft des Buchdruckergewerbes folgende Schlüsselworte eines eingedachten Artikels in Nr. 6 der „Zeitschrift“ vom 20. Januar d. J. nach unserer Auffassung beurteilt: „Schließlich ist das Buchdruckergewerbe infolge seiner Sonderstellung unter allen andern Gewerben auch der Allgemeinheit gegenüber wie kein andres zu dienen verpflichtet, indem es nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Vergangenheit und in besonderem Maße der Zukunft dienen will und muß. Hat auch die Menschheit, ohne das Buchdruckergewerbe zu kennen oder auswerten zu können, gelebt und sich fortgepflanzt, so richtig ist es erst mit dem und durch das Buchdruckergewerbe. Und deshalb sollte von den Trägern dieses Gewerbes auch erwartet werden, daß sie in gemeinsamer Arbeit eine Aufwärtsentwicklung des Gewerbes aufstreben und Verständnis für die Opfer haben, die die Zeit auch von ihnen verlangt.“

Und dennoch stabile Rentabilität im Buchdruckergewerbe

Die Taktik der deutschen Unternehmer hat sich gegenüber früher in Industrie- und wirtschaftspolitischer Beziehung von Grund aus geändert. Während in der Vorkriegszeit selbst mit den unbedeutendsten wirtschaftlichen Erfolgen überlaut renommiert wurde, ist heute Miesmacherei die große Mode. In der Schwerindustrie hat es vor etwa drei Jahren einen solchen Kranz gegeben, weil es der Großindustrielle Peter Röhder gewagt hatte, die Lage optimistischer zu beurteilen, als es die Vereinsparole lautete, und wenn auf der letzten Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages Präsident Franz von Mendelssohn Veranlassung nahm, sich mit aller Schärfe gegen den überhandnehmenden Zweifelspessimismus zu wenden, so wird er für seine lobenswerte Freimütigkeit im Unternehmerlager sicher wenig Anklang gefunden haben.

Nach Beendigung der Geschäftsjahre, wenn die Böse die Schläge auf die Ergebnisse der Aktiengesellschaften zieht, fassen sich die Verwaltungen veranlaßt, aus ihrer wohlwolligen Zurückgezogenheit herauszutreten und in ein paar meist nichtsagenden Sätzen der Öffentlichkeit und den an dem Geschäftsergebnis besonders interessierten Aktionären einiges über den Verlauf des Geschäftsjahres zu erzählen. Dabei wird in oft kurzfristiger Verkennung wirtschaftlicher Notwendigkeiten, ja selbst vitalster Eigeninteressen, grau in grau gemalt und der Öffentlichkeit meist solche Tatsachen vorenthalten, aus denen konkrete Schlüsse gezogen werden könnten. Aus folgenpoliti-

sehen Gründen wird oft die Rentabilität der Unternehmungen verschleiert, was selbst, rein privatkapitalistisch gesehen, grundfalsch ist, weil dadurch leicht ein Sturz der Aktienkurse herbeigeführt und das Vertrauen der anlage-suchenden Sparer und der ausländischen Kreditgeber erschüttert wird. Schon oft hat die privatkapitalistisch orientierte Handelspresse die Verwaltungen zu eingehender Publizität ermahnt, aber alle Korrekturen haben bis jetzt noch herzlich wenig gefruchtet.

Es ist erstaunlich, mit welcher Virtuosität und Diplomatie die Vorstände der deutschen Aktiengesellschaften alle für die Öffentlichkeit beachtenswerten Vorgänge zu verschleiern verstehen. Die Kunst, Bilanzen aufzustellen, ohne den wirklichen Vermögensstand darzulegen, die Gelddienstlichkeit, den Geschäftsbericht abzufassen, ohne zu sagen, was sich tatsächlich im Laufe des Jahres zugetragen hat, die Gewandtheit, über die Wirtschaft, ihre Lage und Zukunftsaussichten zu sprechen, ohne dafür zahlenmäßige Beweise zu erbringen, gelangte in den letzten Jahren zu erstaunlich hoher Blüte. Man erspößt sich in allgemeinen, nichtsagenden Redewendungen. Eine der bekanntesten und bis zum Überdruß wiederholte Redensarten ist jene von der Wirtschaft, die nichts mehr tragen kann, wobei man selbstverständlich jeweils das eigne, in der Regel gar nicht so über rentierende Unternehmen mit der Wirtschaft schlechthin identifiziert. Gar nichts darf der Wirtschaft mehr auferlegt werden; ein einziger Pfennig Lohn-erhöhung ruiniert sie ebenso tödlich, wie die geringste Arbeitszeiterkürzung. Ob die Handelsbilanz aktiv oder passiv ist; egal, die Wirtschaft geht zugrunde, jede soziale oder steuerliche Verpflichtung ist angeblich für sie un-erträglich.

Auf diesen Ton sind auch, wie wir wiederholt dargelegt haben, die Unternehmungen im Buchdruckergewerbe eingestiegen, und die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ hat selbstverständlich die Aufgabe, die Unternehmerpraktiken nicht nur zu verteidigen, sondern als der Weisheit letzten Schluß darzustellen; die in Nr. 100 der „Zeitschrift“ zum Lohnproblem und in Nr. 101 zu unserer Rentabilitätsstatistik gemachten Ausführungen beweisen das zur Genüge. Wir müssen übrigens bemerken, daß unsere Darlegungen in Nr. 101 des „Korr.“ vom 17. Dezember 1930 über die Rentabilität im Buchdruckergewerbe von der „Zeitschrift“ in einer Art und Weise polemisch mißhandelt wurden, die deutlich erkennen läßt, wie schwach und hilflos sich das Unternehmerorgan gegenüber der Beweisstrafe unserer statistischen und bilanzkritischen Untersuchungen fühlt. Die „Zeitschrift“ spricht von „irreführenden Behauptungen“, ohne dafür auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen. Weil die „Zeitschrift“ gar nicht willens und in der Lage ist, zu unseren bilanzstatistischen Ergebnissen Stellung zu nehmen und sich mit uns sachlich auseinanderzusetzen, verweist sie sich hinter angebliche Äußerungen „von Prinzipalsseite“ und präsentiert Einwendungen, die hier nicht zur Diskussion stehen können, weil sie offene Türen einrennen. Die Absicht ist leicht erkennbar: man führt in irreführender Weise Tatsachen an, die gar nicht unzutreffend sind. Auf das Wesentliche der Sache, auf unsere grundsätzlichen Ausführungen und vor allem auf das von uns durch authentisches Zahlenmaterial belegte günstige Rentabilitätsergebnis im Buchdruckergewerbe geht die „Zeitschrift“ gar nicht ein; das Unternehmerorgan treibt hier ein Ablenkungsmanöver, das leicht zu durchschauen ist. Unsere Untersuchungen ergeben mehr, als die „Zeitschrift“ zu ihrem Vorteil glaubt in wenig objektiver Weise ihren Lesern zur Kenntnis bringen zu müssen. Gewiß ergibt unsere Aufstellung, daß von den durch uns statistisch erfaßten Aktiengesellschaften 17 Unternehmungen für das letzte Geschäftsjahr keine Dividende gezahlt haben, aber von diesen Gesellschaften hat nicht die Mehrzahl mit Verlust gearbeitet, wies dies von Prinzipalsseite behauptet wird, sondern es sind nur sieben Aktiengesellschaften, die einen buchnmäßigen Verlust ausgewiesen. Die vor uns festgestellte Tatsache, daß die verringerte Dividendenausstattung in der Regel auf Kosten höherer Abschreibungen und einer verstärkten Reservebildung erfolge, scheint der Prinzipalsseite besonders auf die Nerven zu gehen. Es wird behauptet, wir verschweigen, „daß das Geleg für jedes Jahr eine Abschreibung in Höhe von 10 Proz. vorzuziehen“. Zunächst müssen wir auch hier richtigstellen, daß wir nichts zu verschweigen und zu bemängeln haben, und daß es sich im übrigen bei der Abschreibungsquote in Höhe von 10 Proz. unseres Wissens nicht um eine Maß, sondern um eine Sollvorschrift handelt. Wir wollen aber gar nicht darüber rechten, ob und in welcher Höhe Abschreibungen und Rückstellungen notwendig sind; entscheidend ist für uns, daß im letzten Geschäftsjahr durchschnittlich höhere Abschreibungen und Rückstellungen möglich waren als im vorhergehenden Geschäftsjahr. Die „Zeitschrift“ erwidert nicht, immer wieder auf die vom Statistischen Reichsamt für die einzelnen Gewerbegruppen errechnete Durchschnittsdividende hinzuweisen, die dem Vertriebsleistungsgewerbe unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie liege. Wir haben das bezweifelt und werden den Nachweis führen, daß sich die Durchschnittsdividende im Buchdruckergewerbe etwa auf der gleichen Höhe bewegt, wie sie in der Gesamtindustrie zu beobachten ist; auch für die Tatsache, daß Verlustabschlüsse vielfach auf übermäßige Abschreibungen zurückzuführen sind, können wir die Beweisführung antreten und uns dabei in der Folge auf einen unüberdächtigen Zeugen berufen.

Bezüglich der Berufung der „Zeitschrift“ auf die vom Statistischen Reichsamt für das Vertriebsleistungsgewerbe errechnete Durchschnittsdividende haben wir bereits in

Nr. 101 des „Korr.“ darauf hingewiesen, daß der Kreis der Erhebungen des Statistischen Reichsamts nicht allzuweit gezogen ist, daß diese Statistik erhebliche Lücken aufweist und allerhand Schlüsse zuläßt. Trotzdem wir die Argumentation der „Zeitschrift“ entkräftet haben, greift diese in Ermangelung überzeugender Beweismittel wiederholt krampfhaft auf die Zahlen der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ zurück. Erst kürzlich veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ in Nr. 609 v. J. seiner Handelszeitung eine rund zwei Drittel des gesamten Aktienkapitals der deutschen Industrie erfassende Bilanzstatistik für das Jahr 1929/30, die zunächst ebenfalls die Tendenz zur Dividendenstabilität zeigt, darüber hinaus aber in einer Vergleichung mit den von uns ermittelten Geschäftsergebnissen im Buchdruckergewerbe den Schluß zuläßt, daß im Jahr 1929 die durchschnittliche Dividende im Buchdruckergewerbe kaum unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie liegen dürfte. Die Statistik des „Berliner Tageblattes“ erfaßt, wie bemerkt, zwei Drittel des Aktienkapitals der Gesamtindustrie und zieht also relativ etwa dieselbe Kapitalmenge in den Kreis ihrer Untersuchungen, wie wir dies bei unserer Statistik für das Buchdruckergewerbe getan haben. Dabei ergibt sich folgende Vergleichung:

Durchschnittsdividende für die Gesamtindustrie 1929/30 5,9 Proz.
 Durchschnittsdividende für das Buchdruckergewerbe im Jahr 1929 (nach unsern Erhebungen) 5,3 Proz.
 Zu bemerken ist hier, daß die in der Handelszeitung des „Berliner Tageblattes“ veröffentlichte Bilanzstatistik für das Jahr 1929/30 selbstverständlich auch das graphische Gewerbe und das Verlagswesen erfaßt, und zwar erstreckt sich hier die Unterlegung auf 161 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 85 Millionen Mark. Wenn es auch nicht möglich ist, festzustellen, wie sich speziell für das Buchdruckergewerbe die einzelnen Bilanzpositionen gestalten und wie sich dieselben im Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres darboten, so möchten wir doch die für die Gruppe „Graphisches Gewerbe, Verlagswesen“ in Frage kommenden Positionen auszugeweiht in ein besonderes Schema bringen.

Bilanzergebnisse im graphischen Gewerbe, einschließlich des Verlagswesens

Es haben Unternehmungen	1929/30		1928/29	
	vert.	in Millionen Mark	vert.	in Millionen Mark
Anlagewerte	52	82,0	61	79,3
Vorräte	25,8	28,2	25,8	28,2
Übrige Aktiva	73,7	66,3	73,7	66,3
Aktienkapital	85,0	80,6	85,0	80,6
Reserven	14,7	13,8	14,7	13,8
Langfristige Schulden	27,0	25,1	27,0	25,1
Kurzfristige Schulden	51,9	49,9	51,9	49,9

Wir wiederholen, daß vorstehende Bilanzposten natürlich kein klares Bild von den Verhältnissen im Buchdruckergewerbe bieten können, aber symptomatisch sind die Positionen insofern, als im Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres deutlich eine Stabilität zu erkennen ist. Die bilanzstatistischen Untersuchungen des „Berliner Tageblattes“ führen zu demselben Ergebnis wie unsere statistischen Erhebungen, nämlich, daß die Entwicklung im allgemeinen normal verlaufen ist. Und noch eine Feststellung ist wichtig: Wie wir bei unsern in Nr. 101 des „Korr.“ veröffentlichten bilanzkritischen Untersuchungen kommt auch der Statistiker des „Berliner Tageblattes“ zu dem Ergebnis, daß Verlustabschlüsse oft auf Sonderabschreibungen zurückzuführen sind, die — wie wörtlich bemerkt wird — vielfach die Quelle der ausgewiesenen Verluste sind.

Nun mag sich die „Zeitschrift“ — die ja in dieser Beziehung die, irreführenden Behauptungen des Gehilfenschaftes nicht gelten lassen will — einmal mit einem Bilanzstatistiker auseinandersetzen, der ihr ideologisch näher steht als uns. Angesichts der klaren Sachlage erscheint uns ein weiterer Kommentar überflüssig. Wir bleiben dabei: Die Rentabilität im Vertriebsleistungsgewerbe ist nicht gesunken, sondern sie ist im Vergleich mit dem Ergebnis des Vorjahres als durchaus stabil zu bezeichnen. Argus.

Dauerkrise?

Stellt die jetzt tobende Weltwirtschaftskrise, die einen bisher ungeanteten Heftigkeitsgrad erreicht hat, eine jener Krisen dar, die der Kapitalismus in bestimmten Zeitabschnitten immer wieder erzeugt, oder handelt es sich diesmal um eine Depression von sehr langer Dauer, vielleicht um eine Krise, die aus eigener Kraft zu überwinden das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht mehr in der Lage ist? Diese Frage wird in letzter Zeit sowohl in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur wie auch in der großen Handelspresse lebhaft erörtert. Zur Klärung dieses Problems ist es notwendig, einmal die Faktoren herauszustellen, die im Kapitalismus schlummern und deren Wirkungen zu gegebener Zeit den erkrankten Wirtschaftskörper wieder in den Zustand fortschreitender und langanhaltender Genesung verlegt. Sodann wird zu untersuchen sein, ob diese Heilwirkungen heute ausgeschaltet oder in hohem Maße unwirksam gemacht sind, denn nur wenn das der Fall ist, droht die Gefahr, einen wirtschaftlich und sozial fuhrstbaren Zustand wie den jetzigen als Dauererscheinung tragen zu müssen.

Die Faktoren, die als einzige geeignet sind, im Krisenverlauf einen Umschwung zum Besseren herbeizuführen, heißen Zins und Warenpreis. In Zeiten der Wirtschaftskrise erfährt die Inzestionsstätigkeit automatisch eine gewaltige Einschränkung. Wozu durch Einführung neuer Maschinen, durch Erweiterung der Betriebsanlagen oder deren Modernisierung die Leistungsfähigkeit noch steigern, wenn die schon vorhandenen Anlagen nur zum Teil ausgenutzt sind! So sagt sich mit Recht der Industrieführer. Am Handel gestalten sich die Verhältnisse ähnlich. Die verringerte Umsatzstätigkeit zehrt wieder zu einer Ausdehnung des Verteilungsapparates, der sich in der Krise so schon als viel zu groß erweist, noch gibt sie dem Bestreben, die Vorräte auf Lager zu nehmen, irgendwelche Auftriebe, da die noch vorräthigen Bestände Sorgen genug machen. So wird von Industrie und Handel die Nachfrage nach Geld und Kredit eingeschränkt. Da aber auf dem Geldmarkt noch uneingeschränkt das liberale Marktgesetz von Angebot und Nachfrage herrscht und dieses somit auch den Geldpreis (Zins) bestimmt, so sinkt dieser in demselben Maße wie sich die Krise verschärft. Deshalb gilt als Erfahrungssatz, daß der sinkende Zinssatz den Konjunkturabstieg widerspiegelt. Auf dem tiefsten Punkt angelangt, entfaltet jedoch wieder seine Heilwirkungen. Diese werden in der Regel zuerst im Baugewerbe besonders sichtbar. Ein Einfamilienhaus zum Preise von 12 000 M. erbaut, erfordert bei 10prozentigem Zinssatz eine jährliche Verzinsungssumme von 1200 M. oder 100 M. im Monat; bei einem angenommenen Zinssatz von nur 2½ Proz. stellt sich die entsprechende Zinssumme auf 300 M. im Jahr oder 25 M. monatlich. Da die Verzinsungssumme fast allein ausschlaggebend ist für die Gestaltung des Mietbetrages, so erfährt dieser eine ungefähre entsprechend starke Senkung, wodurch neue Kaufkraft geschaffen wird. Diese wirkt sich in erster Linie in einer Belebung des Baugewerbes aus und greift dann auf alle übrigen Zweige der Wirtschaft über. In diesen wiederum erzeugt der niedrige Zinssatz ähnliche Wirkungen, wodurch bei der Wechselwirkung aller wirtschaftlichen Vorgänge einer allgemeinen Konjunkturbelebungen die Wege geebnet werden.

Das zur Funktion des niedrigen Zinssatzes in der Wirtschaftskrise. Nun zu den heutigen Verhältnissen. Wenn wir den Reichsbankdiskont als Gradmesser der Zinsbewegung betrachten, so können wir feststellen, daß dieser noch im April des Jahres 1929 auf 7 Proz. stand. Er ist dann sechsmal gesenkt worden, bis auf 4 Proz. Kurz nach der Reichstagswahl am 14. September des vergangenen Jahres wurde er aber wieder auf 5 Proz. heraufgesetzt. Wir sehen also, daß die sich abwärts bewegende Zinskurve plötzlich unterbrochen worden ist. Die Ursache dafür zur Krisenüberwindungspolitik im schroffsten Widerspruch stehende Maßnahme ist währungspolitischer Natur. Unser Bankgesetz schreibt vor, daß der Betrag der umlaufenden deutschen Banknoten zu 40 Proz. gedeckt sein muß durch Gold oder Devisen, so daß die Reichsbank gezwungen ist, bei einem Notenumlauf von 5 Milliarden Mark mindestens 2 Milliarden in Gold oder Devisen vorrätig zu halten. Nun kam die Fieberwahn am 14. September 1930. Ihre Ergebnisse machten das Ausland kopfschüttelnd. Ausländische Banken kündigten in großer Fülle ihre in Deutschland kurzfristig angelegten Guthaben, die entweder in Form von Gold oder Devisen zurückgefordert werden mußten. Dieser Gold- und Devisenabfluß drohte so stark zu werden, daß möglicherweise die Deckungsgrenze von 40 Proz. unterschritten werden mußte. Das hätte eine Erschütterung in das Vertrauen der deutschen Währung bedeutet. Außerordentlich verstärkt wurde diese Gefahr noch durch die ebenfalls bald nach der Wahl stark einsetzende Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland, wo es der Geldbesitzer in besserem Verwahr glaubte als in Deutschland. Eine begründete Vertrauenskrise in die Festigkeit der deutschen

Währung mußte aber unter allen Umständen vermieden werden. Und das wiederum konnte nur geschehen, indem dem in- und ausländischen Geldbesitzer ein Anreiz geboten wurde, das Kapital, soweit es schon geflüchtet war, wieder nach Deutschland zurückzuführen oder, soweit es noch hier geblieben war, es hier zu belassen. Um das zu erreichen, helfen aber weder Ermahnungen, noch Beschwörungen, noch Verdamnungen. Die einzige praktisch wirksame Möglichkeit hierfür besteht in einer Heraushebung des deutschen Zinssatzes, wozu die Erhöhung des Reichsbankdiskonts den ersten Schritt darstellte. Wir würden das alles nicht erwähnen, wenn dieser Vorgang schon der Geschichte angehörte. Das ist leider nicht der Fall. Wir stehen noch immer in dieser Situation, da wir auf Jahre hinaus nicht auf die ausländische Kapitalhilfe verzichten können, und diese müssen wir um so teurer erkaufen, je weniger Vertrauen das In- und Ausland zu einer ruhigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland hat. In demselben Maße, wie es daran mangelt, verlängert sich der Krisenweg. Nun ist es aber heute so, daß das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur deutschen Währung nahezu identisch ist mit dem Vertrauen zur deutschen Politik. Und damit sieht es, wie es scheint nicht nur für die Gegenwart, recht betrüblich aus. Bestenfalls Volkstreifen ist es bisher noch nicht zum Bewußtsein gekommen, was die Abgabe eines nationalsozialistischen Stimmzettels für uns bedeutet. Die Kreise, die davon profitieren, sind gewiß mit den furchtbaren Wirkungen der Krisenverlängerung einverstanden, denn je größer die Not im Lande ist, um so mehr blüht ihr Parteiwesen. Dem Gesamtvolk ist damit aber nicht gebietet, ihm bildet die Verschärfung und Verlängerung der unheilvollen Wirtschaftskrise nur neue Lasten und neue Opfer auf.

So also verliert der tief gesenkte Zinssatz seine Heilwirkung, die einen Umschwung zur Wirtschaftsbesserung einleiten soll. Kommen wir nun zum zweiten Faktor der Krisenüberwindung, dem Warenpreis. In der liberalen Wirtschaft führen die in der Krise aufgelisteten Warenvorräte zu einer ungewöhnlich starken Verschärfung des Konkurrenzkampfes. In dessen Verlauf senken sich die Preise automatisch. Nicht Preisabschwächungen, sondern eher Preisstümpfungsaktionen waren das Erfordernis früherer Krisenperioden. Die Preise fielen sehr schnell und sehr plötzlich, und erst, nachdem diese schon einen gewissen Tiefstand erreicht hatten, setzten Lohn- und Gehaltsreduzierungen ein. Niemals aber haben diese das Ausmaß der Preisenkung erreicht. So wurde neue Kaufkraft geschaffen, zumal große Bevölkerungsschichten, wie die Staatsbeamten, in früheren Krisenperioden von Einkommensminderungen überhaupt verschont blieben. Heute führen getriggerte Lagerreserven nicht mehr zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes mit gewaltigen Preiseneindrücken im Gefolge. Wir hätten in Deutschland über 3000 Kartelle und mehrere mächtige monopolartige Einzelunternehmen, die gegen Preisenkungen gesichert sind. Der Kartellvertrag macht die Preisenkung nicht nur unmöglich, sondern stellt sie sogar unter Strafe. Das ist kein Zweck, und unser im Bürgerlichen Gesetzbuch niedergelegtes Vertragsrecht hilft diesen Zweck erfüllen, um den Begriff der „Vertragstreue“ im deutschen Rechtsleben nicht illusorisch zu machen. Freilich besteht ein Eingriffsrecht der Regierung in die geltenden Kartellverträge. Über davon Gebrauch zu machen wäre nur eine Regierung imstande, die innerlich frei und äußerlich stark genug wäre, dem mächtigen wirtschaftlichen Verbandswesen die Stirn zu bieten. Doch diese selbst dann noch immer die Frage offen, ob bei der Anwendung des letzten politischen Mittels, nämlich der Auflösung des Kartellvertrages, dieser nicht durch außervertragliche Grenzabkommen ersetzt werden würde. Auch mit dieser Möglichkeit ist zu rechnen, da das lange bestehende Kartell innerlich sehr gefestigt dastehet,

weil das mächtige Kartellmitglied vom hohen Preis am meisten profitiert und das schwache Kartellmitglied eine Außenpositionierung nicht wagen kann. Diesem letzteren stände dann schließlich die geeinte noch gebliebene Kartellmacht gegenüber, die durch eine kurze Konturbietungsperiode in der Lage ist, dem kleinen Konkurrenten den Garaus zu machen.

Wir fragen nun, ob es nicht möglich ist, durch eine Aufhebung der Konkurrenz vom Auslandsmarkt her das deutsche Kartellpreissystem zum Einstürzen zu bringen. Dieser Weg ging über die Handelspolitik. Ein Erfolg könnte einer solchen Aktion nur dann beschieden sein, wenn man die uns umgebenden Schutzgölle ganz radikal abtragen würde. Auch damit ist, nach der augenblicklichen politischen Kräfteverteilung zu urteilen, in der Gegenwart und der nächsten Zukunft nicht zu rechnen. Wir erleben es ja täglich, daß statt Zollermäßigungen Zollverschärfungen vorgenommen werden. Neben den vielen Zollverschärfungen für landwirtschaftliche Produkte wird für einen Posten nach dem andern das Einfuhrmonopol gefordert. Zur Zeit beschäftigt man sich wieder sehr lebhaft mit dem Plan, ein Einfuhrmonopol für Südrüchte zu schaffen, um die Preise für deutsches Obst hoch zu treiben. Wenn dieses Vorhaben verwirklicht werden würde, so bedeutete das nur, einer langen Kette handelspolitischer Verirrungen ein neues Glied anzufügen. Zudem ist der schroffe Übergang vom Schutzsystem zum rabattalen Freihandel keine rein nationale Angelegenheit mehr. Folgt das Ausland nicht, dann würde es den allein profitierenden Teil darstellen. So hat nun jeder Staat Angst vor dem andern. Den Anfang machen will keiner, und das Ende dieses traurigen Liebes ist, daß deshalb auch über die Zollpolitik ein Einbruch in das überhöbteste Preisniveau nicht mehr in den Kreis des Erreichbaren fällt. Somit scheidet auch leider dieses Krisenmittel aus.

In früheren Krisenperioden wurde auch stets vom Auslandsmarkt her der Wirtschaftsumschwung verstärkt. Die kapitalistische Krise ist im wesentlichen eine Krise der Industriewirtschaft. Das Europa der Vorkriegszeit kannte als industrielle Zentren kaum mehr als die drei Staaten England, Deutschland und Belgien. Und dieses industrielle Gebiet war eingebettet in eine agrarische Umgebung. Frankreich, Holland, die nordischen Staaten, der große europäische Osten mit Rußland als größtem Lande, ebenso der europäische Süden und Südosten, also die Donaufstaaten, die Balkanländer und Italien; das alles waren industriell kaum erschlossene, sondern vorwiegend agrarische Gebiete. Sie wurden von einer Wirtschaftskrise nicht in dem Maße berührt wie die Staaten mit überwiegender Industrie. Da aber von diesen letzteren durch stark gesenkte Preise und diesen später folgend auch gesenkte Löhne billiger verkauft wurde, während in den großen agrarischen Abnehmerstaaten die Kaufkraftschwankungen nur unwesentlich waren, so wurden diese zu verstärkten Importen angeregt. So fungierte früher die Ausfuhr ebenfalls als Ventil der Wirtschaftskrise. Wie hingegen sieht es heute aus? Der Weltkrieg hat viele Staaten, die von denen am Kriege beteiligten Ländern (und das waren alle maßgeblichen Industriestaaten) keine industriellen Güter erhalten konnten, veranlaßt, eigne Industrien zu schaffen. Als Beispiel sei nur erwähnt, daß Holland von 1913 bis 1929 seine Steinkohlenförderung von 1,9 Millionen Tonnen auf 11,6 Millionen Tonnen gesteigert hat. Weiter kommt hinzu, daß der Kriegsausgang die Zahl der europäischen Staaten erheblich vermehrt hat. Nun haben junge Nationalgebilde, wie die Geschichte lehrt, noch immer den Ehrgeiz gehabt, möglichst selbständig zu sein oder wenigstens so zu scheinen. Diese Bestrebungen fanden leider in den besonderen Uniformknöpfen nicht ihre Grenzen, sondern es wurde mit aller Macht auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit angestrebt. Zu diesem Zwecke verbargen

Kalenderbau 1931

(Schluß)

Spamer'sche Buchdruckerei, Leipzig. Auch der diesjährige Weisheitskalender zeichnet sich wieder durch künstlerisch hochstehenden Bildschmuck aus. Der obere Teil der Rückwand enthält zwölf Kunstblätter in einfarbigem Tiefdruck mit reizvollen, der Jahreszeit angepaßten landschaftlichen, Städtebaulichen und sonstigen Motiven. So zeigt z. B. das Januarblatt eine prächtige Winterlandschaft aus Oberbayern (Garmisch mit der Zugspitze), das Aprilblatt den „Frühling im Moseltal“. Jedes einzelne Blatt ist ein ästhetischer Genuß. Der Gedanke, für jeden Monat ein besonderes Blatt mit eindrucksvollen Motiven zu bringen ist zwar nicht mehr neu, aber nichtsdestoweniger eine glückliche Idee. Der Kalender gewinnt dadurch an Reiz und fordert jeden Monat zur erneuten eingehenden Betrachtung heraus. Unter diesen Blättern ist ein gut proportionierter Weisheitsblock angebracht, der von beiden Seiten mit einem Halbjahreskalender eingerahmt ist. Ganz am Fuß steht befinden der Name der Firma, der gleichzeitig als Abschlußornament wirkt.

Stähle & Friedel, Stuttgart. Die Rückwand dieses Wodenabreißkalenders zieren vier allerliebste Krabben, die die Arme voll Chrysanthemem und Dahlien haben. So viel Liebreiz muß den grauen Alltag verschönen und belebend auf die Stimmung wirken. Die Flächenaufteilung ist durch die Verschönerung der gut abgestimmten Farben Rot und Gelb charakteristisch gelöst. Der Block ist ebenfalls geschickt untergebracht. Die Gesamtwirkung ist nachhaltig und durch das Farbenfrohe wird der Kalender auch noch in weniger hellen Räumen seine Wirkung behalten. Die steife Jahreszahl in der rechten oberen Ecke

der Rückwand paßt schlecht zu den lachenden Gesichtern der sechsen Mädels. Die Gesamtwirkung ist trotzdem sehr gut. Striße & Co., Altenburg. Der sauber in zwei Farben gedruckte kleine Wandkalender macht einen aparten Eindruck. Die Symbolik der Bignette ist aber unklar. Die Jahreszahl und die Firma halten das Kalendarium gut zusammen. Raum und Farbenverteilung ist gut durchgeführt. Der Kalender ist auch zum Aufstellen eingerichtet. — Der kleine schwarze Taschenkalendar zeigt gute Typographie und ist praktisch angelegt. Er wird wegen seines handlichen Formats gern in Gebrauch genommen werden. Mathias Strucken, Düsseldorf. Bei diesem in Querformat gehaltenen Kalender ist der Block ausnahmsweise oben angebracht, und man muß zugeben, daß dieser Platz recht günstig gewählt worden ist. Die Blockziffern, die besonders hierfür geschaffen worden sind, gliedern sich in das Ganze recht gut ein. Unterhalb des Blocks dehnt sich die Rheinfront in lauchten Bogen vom Wahrzeichen Benrather — dem Rototuchloß — bis nach Kaiserwerth mit den Türmen des alten Süttersbundes bzw. der Ruine der Kaiserpfalz. Diese Front ist in Federzeichnung graphisch recht reizend dargestellt. Darunter befindet sich der in lebhaftem Grün gefaltene breite Rheinstrom, über den eine Brücke zu dem ausgebeuteten linksrheinischen Teil Düsseldorf führt. Dieser Kalender verbindet neben dem garten Reiz der Federzeichnung eine hohe Werbewirkung durch seine geschickte Gruppierung.

Tag & Nacht - Buchdruckerei, Stuttgart. Dieser Wochen-Tischkalender ist eine wirkliche Empfehlung für den Spender. Man bekommt ohne weiteres den Eindruck, daß an ihm mit viel Liebe und Berufsenthusiasmus gearbeitet worden ist. Wichtig steht das Firmenzeichen auf goldgelbem Grund und verleiht dem Ganzen Kraft und

Schönheit. Auch die einzelnen Wochenblätter, die weißfarbig auf gutem Schreibpapier gedruckt sind, verraten aus geglähten typographischen Können. Die eingetragenen farbigen Werbeblätter sind geeignet, die Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Werbung besonders hervorzuheben.

Verlag Ulstein, Berlin. Der äußere Eindruck dieses Taschenkalendar ist markant und gebiegen, wie das Unternehmen selbst. Auf rotbraunem, kräftig gerastem Leder steht beiseite in Goldprägung das Verlagszeichen und die Jahreszahl. Am Rücken ist eine Klebmittelhilfe angebracht, in der auch ein wirklich brauchbarer Bleistift steckt. Die ersten zwei Bogen enthalten eine bildliche Revue der Verlagsunternehmungen und das Kalendarium. Dann folgt das Tagesverzeichnis, das auf ganz bünnelem Papier gedruckt ist und den Anschein erweckt, als ob dieser Teil von einer Kalenderfabrik bezogen worden wäre, denn er paßt absolut nicht zur übrigen Aufmachung. Anschließend folgen dann noch die allgemein üblichen Kalendernotizen.

Union-Druckerei, Stuttgart. Die Kalender der „Union“ zeichnen sich schon immer durch Originalität des Entwurfs aus. Auch die Idee für den diesjährigen Kalender: „Ruhe und Zahnrad“, ist neuartig, wenn auch der tiefere Sinn dieser Symbole ohne Erläuterung kaum erkannt werden dürfte. Die Ruhe war im 16. und 17. Jahrhundert das Symbol der Kunst, und viele Drucker schufen unter diesem Zeichen ihre Meisterwerke. Das Zahnrad dagegen ist das Symbol der heutigen Zeit — der schaffenden Technik. Beide Symbole sollen also bezeugen, daß das Werk erst dann gut ist und die Schaffenden froh macht, wenn sich zu dem Fortschritt der Technik die Harmonie der Kunst gesellt. Bei der technischen Durchführung dieser Idee wurde die Ruhe stillfester, das Zahnrad dagegen naturaffektiver,

se sich hinter unübersteigbaren Zollwällen. Polen und die Tschechoslowakei sind dafür zwei typische Beispiele. Natürlich ist dadurch der internationale Warenverkehr nicht gefördert worden, zumal die übrigen Staaten bald mit entsprechenden Gegenmaßnahmen antworteten. Die Länder mit ihrer eignen hochgezüchteten Industrie, denen sich das schatzreiche Italien zugesellte, kämen deshalb als Mehrverbraucher industrieller Güter auch dann nicht in Frage, wenn die Krise den Warenerzeuger zu verbilligten Lieferungen zwingen würde. Ja, dann erst recht nicht, da ja ihre Industrie gerade davon bedroht werden würde. Des Ferneren ist zu beachten, daß das mächtige Agrarland Rußland wirtschaftlich gesehen aus dem Weltverkehr ausgeschlossen ist. Das russische Einfuhrmonopol ist nach wie vor in Kraft, und unter seinem Schutze ist ebenfalls der Aufbau einer eignen Schwerindustrie in die Wege geleitet worden, werden doch rund 75 Proz. des russischen Volkseinkommens speziell dafür herangezogen. Das alles zeigt, daß auch die gesteigerte Ausfuhr für die europäischen Industrieländer kein wirksames Mittel mehr darstellt, aus der Krise herauszukommen.

Zusammenfassend muß deshalb festgestellt werden, daß die bisher wirksamen Faktoren zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftskrise weitgehend unwirksam gemacht sind. Einer starken Senkung der deutschen Zinsätze steht das mangelnde Vertrauen kapitalistischer Kreise zur Staats- und Wirtschaftsführung entgegen. Kaufkraftsteigerungen im Inlande werden durch die Preispolitik mächtiger Wirtschaftsorganisationen unmöglich gemacht und regierungsseitig durch eine leisenverfälschende Lohnabbaupolitik noch verstärkt. Eine verstärkte Ausfuhrfähigkeit aber ist durch die gegenüber der Vorkriegszeit strukturell vollkommen veränderte Weltwirtschaft nicht mehr möglich. So spricht alles dafür, daß die jetzt tobende Wirtschaftskrise nicht mehr eine jener Konjunkturschwünge darstellt, die der Kapitalismus normalerweise etwa alle sieben Jahre erzeugt, sondern es handelt sich diesmal um eine Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Diese zu überwinden wird deshalb die Anwendung wirtschaftssozialistischer Prinzipien erfordern, wenn nicht Millionen von Menschen dem wirtschaftlichen und sozialen Ruin verfallen sollen.

Die Last der „fixen Kosten“

In einer jüngst erschienenen Schrift Emil Lederers „Wege aus der Krise“ (erschienen bei J. C. B. Mohr, Tübingen) wird die fatale Rolle der fixen Kosten zur Behinderung des Preisabbaues in anschaubarer Weise geschildert. Die Kartelle und andre marktbeherrschenden Produktionsgruppen (Kongerne, Trusts) erzielen bei einigermaßen betriebigem Geschäftsgang dank der Monopolpreise sehr erhebliche Profite, die sie meist in der eignen Produktion anlegen, so daß sich ihre Leistungsfähigkeit zumest außerordentlich schnell erhöht. Sie wärdt nicht nur in der Quantität, sondern auch bei abfallender Konjunktur, da die Monopolpreise ihre Rentabilität auch in solchen Zeiten noch sichern. Die künstliche Steigerung der Rentabilität aber führt zu erhöhten Anlagen. Je mehr die Leistungsfähigkeit über die tatsächliche Produktion hinauswächst, um so größer werden die Schwierigkeiten beim zurückgehenden Bedarf. Dann beginnen sich nämlich die verhängnisvollen fixen Kosten fühlbar zu machen. „Gleichzeitig mit der Erweiterung der Anlagen“, schreibt Emil Lederer, „wächst die Kapitalintensität, also die organische Zusammensetzung der Produktion. Je mehr Kapital auf den einzelnen Arbeiter entfällt, um so kostspieliger wird die Einschränkung der Produktion, da die Zohnerparnis immer mehr gegenüber dem Zinsverlust auf das stillgelegte Kapital zurückfällt. Daraus folgt aber, daß die Produktionskosten in diesem Fall mit jeder Einschränkung der

Erzeugung sehr schnell ansteigen, und daß daher im Kartell die Preise mit sinkendem Absatz möglichst gehalten, ja, wenn es geht, sogar hinaufgesetzt werden, wodurch natürlich der Absatz weiter sinkt, was neuerlich eine Tendenz zur Preiserhöhung auslöst. So gerät die Produktion durch die Organisation — denn bei freier Konkurrenz wäre das ja unmöglich — in einen falschen Zirkel, in einen Zauberkreis, aus dem sie nicht herauszutreten vermag. Sie fährt sich in eine niedrige Produktionsmenge bei höheren Preisen fest, anstatt in der Depression durch Preisentzug die Umkehr zu einer normalen Wirtschaftslage — sei es auch mit Verlusten — vorzubereiten.“

Die fixen Kosten sind mit dafür verantwortlich, daß die Produktionskosten, wie Lederer feststellt, in manchen Industriezweigen in den modernsten Betrieben höher sind als in den kleinen und mittleren Werten. „Was soll man zu einem Produktionsystem sagen“, ruft Lederer aus, „das zu so widerstündigen Konsequenzen führt! Liegt doch darin das Eingekleidnis, daß alle Investitionen in diesen Betrieben Fehlinvestitionen waren. Eine moderne Fabrik, die vom Handwerk ökonomisch gelehrt wird, läßt sich zweifeln, ob die privaten Unternehmer die richtigen Treuhänder des gesellschaftlichen Kapitals sind. Welcher Widerstand liegt im Aufbau einer Produktion, die weder höhere Gewinne erzielt noch niedrigere Preise bietet als das Handwerk, gleichzeitig aber die Arbeiterzahl herabsetzt!“

Gibt es nun keinen Ausweg aus diesem falschen Zirkel? Aus dem Zauberkreis, der dadurch gezogen wird, daß auf der einen Seite die erweiterten Anlagen mit ihren hohen fixen Kosten die Produktionskosten erhöhen, auf der andern Seite aber die Behebung des Absatzes, die allein zur Verminderung der Produktionskosten führen könnte, nur durch einen starken Preisabbau erreicht werden kann? Es gibt freilich einen Ausweg, den aber die kartellierten und andern marktbeherrschenden Unternehmungen nicht beschreiten wollen. Sie müßten eben den starken Preisabbau und Einkümmert um die wegen der fixen Kosten erhöhten Produktionskosten durchzuführen. Der dann später ansteigende Absatz würde ihnen einen vollen Erfolg für den Verlust bieten, den sie zunächst auf sich nehmen. Diesen Preisabbau könnten die meisten Unternehmungen um so mehr durchführen, da jene Verluste vielfach keine wirklichen, sondern nur buchmäßige Verluste wären. In Wirklichkeit würden die neuen Anlagen größtenteils bereits abgeschrieben, da sie ganz oder zum großen Teil aus laienenden Gewinnen errichtet wurden. Aber auch bei solchen Unternehmungen, die infolge der Ausdehnung ihrer Anlagen eine hohe Zinslast mitzuschleppen haben, wäre der Preisabbau der einzige Weg, aus dem falschen Zirkel herauszukommen. Dazu wäre die Herabsetzung des Aktienkapitals für die Verminderung der Gewinnansprüche der Aktionäre erforderlich, damit ein Spielraum für den Preisabbau gewonnen wird.

In einem Vortrag in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft über „Die Weltwirtschaftskrise, ihre Ursachen und die Lehren daraus“ hat Staatssekretär Professor Julius Hirsh als eine wichtige Lehre der Krise den Satz hingestellt: Fixe Kosten dürfen nicht zur fixen Zee werden! Das Vorhandensein von fixen Kosten darf den Preisabbau nicht verhindern. Nun entspringt diese „fixe Zee“ der monopolistischen Unternehmungen nicht etwa einem bloßen Wahn der Unternehmer, die sich bewußt ins eigne Fleisch schneiden. Vielmehr ist sie die Folge ihrer privatakapitalistischen Einstellung. Da sie nicht wissen, in welchem Umfang und in welchem Tempo der Preisabbau zur Erweiterung des Absatzes führen wird, und vor allem nicht wissen, in welchem Ausmaß das eigne Unternehmen von der Absatzweiterung profitieren wird, verbleiben sie lieber bei den hohen Preisen und dem kleinen Absatz. Dieses Verhalten kann allerdings nicht verhindern, daß letzten Endes auch sie die wirtschaftlich Leidtragenden sein

werden. Die Vernachlässigung volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten rächt sich auch bei den privatwirtschaftlichen Interessenten der Kartellmagnaten.

Die gegenwärtigen Börsenkurse legen ein Zeugnis dafür ab, daß die Volkswirtschaft ihre Kräfte für die Aufrechterhaltung ihrer Notwendigkeiten bereits genommen hat. Der Rückgang der Aktienkurse auch bei den größten Unternehmungen, die ihre Betriebe in den letzten Jahren im gewaltigen Umfang ausdehnten und rationalisierten, erreichte ein erschreckendes Ausmaß. In der Schwerindustrie stehen die Aktien bei fast sämtlichen Unternehmungen unter Nennwert. Ihr Kurswert liegt im allgemeinen nur noch zwischen 50 und 70 Proz. Die Schiffahrtspapiere stehen knapp über dem halben Nennwert, die Aktien der wichtigsten Kunstoffunternehmungen zwischen 40 und 45 Proz., der Elektroindustrie zwischen 80 und 100 Proz. Es gibt nur eine ganz geringe Anzahl von wichtigen Unternehmungen, deren Aktienkurse noch über Nennwert stehen, trotz hoher Dividenden im abgelaufenen Wirtschaftsjahr. Für diese verhängnisvolle Entwertung der Aktienkurse mit ihren verhängnisvollen Wirkungen für die Kapitalversorgung der ganzen Volkswirtschaft mögen die politische Unsicherheit und die dadurch hervorgerufene Kapitalflucht wie auch weltwirtschaftliche Ursachen mitverantwortlich sein. Ihr Hauptgrund liegt jedoch darin, daß die gewaltigen Anlagen dieser Unternehmungen auf der Höhe als in hohem Grade entwertet angesehen werden. Die Riesenanlagen, die die Großunternehmungen errichteten, erscheinen infolge ihrer geringen Ausnützung als totes Kapital, das gleich einem abgestorbenen Baum keinen Ertrag für die Zukunft verspricht. Es besteht auch noch die Gefahr, daß diese Kapitalien noch einen zweiten Tod sterben: wenn nämlich ein neuer technischer Fortschritt diese Anlagen wieder zum alten Eisen macht, bevor noch ihre ausgiebige Ausnützung erfolgt wäre. So muß sich das Schicksal an den Unternehmern erfüllen, die im vermeintlichen Dienst ihrer Profitinteressen wichtige Gesetze der Volkswirtschaft vernachlässigen. Die die Volkswirtschaft betrüben wollen, stehen zum Schluß als Betrogene Betrüger da. Ein schwacher Trost für das Millionenheer von Arbeitslosen, die dafür die Besse bezahlen müssen. Andererseits aber auch ein mächtiger Antrieb dazu, mit dieser verhängnisvollen Mißwirtschaft endlich aufzuräumen.

Korrespondenzen

Breslau. (Maschinenseher.) Am 11. Januar fand untre gut besuchte Bezirksversammlung statt. Nach der Begrüßung konnte der Vorsitzende Paul mitteilen, daß in diesem Jahr drei Kollegen 30 Jahre und drei Kollegen 25 Jahre treu zu unsrer Sparte stehen. Darauf wurden einige Vereinsnachrichten bekanntgegeben, in welchen untre Stellungnahme zu einem neuen Lohnabkommen zum Ausdruck kam. Dann wurde der Jahresbericht erstattet, der den Kollegen bereits vorher gedruckt ausgegangen war. Die Technische Kommission gab in den Versammlungen häufig Erfindungen und Patente, die für uns von Bedeutung sind, bekannt und veranfaltete im Laufe des Jahres drei technische Vorträge, die der Fortbildung der Kollegen in bezug auf Maschinenkenntnisse dienten. Von der Berechnungskommission wurden 13 Aufträge erledigt, die ihren Erfolg darin hatten, daß die betreffenden Kollegen den errechneten Preis erhielten. (Im laufenden Jahr soll ein Berechnerturmus stattfinden.) Die Kasse wies am Jahresabschluss erfreulicherweise einen guten Bestand auf. Der Vorstand wurde, außer dem zweiten Vorsitzenden, für den wegen Überlastung des bisherigen Erlass geschaffen werden mußte, wiedergewählt. — Der Abschluß untrer Hauptversammlung bildete ein von der Berechnungskommission vortrefflich geleiteter Serenabend, der die Mitglieder noch lange frohlich befeimten hielt.

Duisburg. (Gandseher.) Untre am 10. Januar abgehaltene Jahreshauptversammlung war sehr schwach besucht. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen

d. h. durch die Photographie mittels Autotypie, wiedergegeben. Durch diese beiden verschiedenen Techniken wird leider die einheitliche Wirkung abgeschwächt. Das dem Kalender beigegebene Begleitföhrchen ist werbetenisch von großer Zugkraft.

Verdingte Druckereien G. m. b. H., Magdeburg. Der von der „Magdeburger Tageszeitung“ herausgegebene Halbjahres-Wandkalender trägt im oberen Teil eine von Fritz Hörs entworfene Bignette, die im Mittelfeld das Magdeburger Wappen und zu beiden Seiten keine bildliche Darstellungen für Industrie, Handel und Landwirtschaft enthält. Die Ausführung zeigt zwar keinen besonderen modernen Einschlag, wirkt aber trotzdem recht anheimelnd. Außerdem hat die Firma noch eine Wappe für unerledigte Sachen herausgebracht, die innen mit einem Kalendarium und einer Tabelle zum Eintragen von Adressen usw. bedruckt ist. Die letzte Seite enthält den Postgebührenzettel. Die Titelseite ist räumlich sehr gut gegliedert. Auch die übrigen Seiten sind gut gefest.

Volksblatt“ G. m. b. H., Kassel. Dieser einfache, ganz in Grotesk gehaltene Zweiwochen-Wochenkalender wirkt durch das freundliche Blau und die geschickte Satzgruppierung ganz gut. Allerdings ist nicht zu verstehen, warum man aus dem Dezember des vergangenen Jahres noch vier Tage mit auf das Januarblatt herübergenommen hat. Das ist entschieden ein Novum auf dem Gebiet der Kalendermacherei. Man hätte weniger darauf bedacht sein sollen, daß jedes Blatt „voll“ ist, sondern hätte besser am Kopf jedes Monatsblattes Raum für kurze Notizen oder Sinnprüche lassen sollen. Dadurch wäre etwas Abwechslung in die gut gefesteten Seiten gekommen.

Verlag Druckerei Volksfreund G. m. b. H., Karlsruhe. Das kleine rote Merkblöhrlein ist den Par-

tei- und Gewerkschaftsfunktionären sowie den Freunden des Verlags gewidmet. Es enthält wichtige Adressen und sonstige bemerkenswerte Angaben, z. B. die Verkehrszeichen, Auszug aus dem Haftpflichtgesetz, ausländische Maße und Gewichte, Angestelltenversicherung, Tarife für Kraftwagen, Gerichtsgebühren usw., sowie ein Kalendarium für Notizen. Das Blöhrlein, das recht sauber hergestellt ist, dürfte gern benutzt werden.

Volksfürsorge, Hamburg. Die Aufmachung und technische Durchführung dieses Taschenkalendarers ist ansprechend. Auf dem schwarzen Ledereinband wirkt das Signet der Volksfürsorge in Goldprägung sehr gut. Der Inhalt umfaßt die Organisation und die Leistungen dieses von den Gewerkschaften und Genossenschaften getragenen Unternehmens. Ferner sind noch die Postgebühren, die Maßeinheiten, eine Zinstabelle und die Verkehrszeichen abgedruckt. Platz für Notizen ist im Kalendarium genügend vorgelesen, so daß seiner praktischen Verwendung als Merkblöhrlein nichts im Wege steht.

„Vorwärts“-Druckerei, Berlin. Aber die Symbool der Rückwand, die technisch einwandfrei im Tiefdruck hergestellt ist, sind wir uns nicht recht klar. Was sollen die grünen Tannenbäume vor dem Sigelfeld besagen? Diese Aufmachung ist überlebt und der Kalender kann bei fortschrittlich eingestellten Menschen keine Befriedigung auslösen. Der Bloß selbst ist aber in gelblicher Hinsicht sehr interessant und abwechslungsreich gestaltet und ist geeignet, Belegung in manchen Dingen zu vermitteln. Er steht aber zur Rückwand in keinem richtigen Verhältnis. Wir haben schon wesentlich bessere Kalender von dieser Druckerei gesehen.

W. e. b. e. i. d. e. m. e. y. e. r., Kassel. Die aufgewendeten Mittel entsprechen nicht der Wirkung. Einen

schwarzen Untergrund für eine Kalenderrückwand zu wählen, ist nicht gerade glücklich. Wenn wir auch 1931 genug schwarze Tage haben werden, so darf dies kein Anlaß sein, die Farbe der Trauer das ganze Jahr herauszuweisen. In dieser pessimistischen Wirkung ändern auch die bunten Negativseiten nichts. Der Bloß selbst ist besser ausgefallen, wenn auch der Hinweis auf dem ersten Blatt eine typographisch veraltete Kombination aufweist.

Georg Westermann, Braunfchwieg. Der Westermanns Kalender einmal befeimten hat, wird ihn wohl immer wieder gern sehen. Auch dieses Jahr schmückt das Deckblatt ein prächtiger Bierfarbendruck, der eine gewitterschwüle und geheimnisvolle Stimmung erzeugt. Schwere Wolken bilden den Hintergrund für einen mächtigen Baum vor grünen Wiesen. Damit sollte wohl untre gegenwärtige, von schweren Wolken umgebene Wirtschaftslage symbolisiert werden. Die Halbmonatsblätter sind typographisch gut gestaltet und tragen links oben alle möglichen Motive in Tiefdruck. Dazwischen sind reizvolle Bildproben in erstklassigem Mehrfarbendruck eingestreut, über die sich der Kenner besonders freuen wird. Für diese graphische Musterleistung wird jeder dankbar sein.

Damit wollen wir die diesjährige Kalenderbesprechung abschließen und hoffen, daß die von uns gelebte Kritik in dem Sinne aufgefaßt wird, wie sie tatsächlich beabsichtigt ist: als Anregung für spätere Schaffen! Neutrale Augen sehen die Schwächen einer Arbeit immer besser, weil sie durch nichts beeinflusst werden. Es freut uns, feststellen zu können, daß der weitaus größere Teil der Kalender gute Leistungen sind und daß der Buchdruck scheinbar wieder Boden bei der Kalenderfeststellung gewonnen hat.

Berlin.

Seiwich Jöh

gab der Vorsitzende einen Jahresrückblick. Die hauptsächlichsten Besanftaltungen des Jahres waren der Werbung und Festigung unserer Sparte gewidmet; doch ließ der Erfolg öfter manches zu wünschen übrig. Der Sparte als tarifliche, berufliche und gewerkschaftliche Schulungsstelle wird von vielen hiesigen Kollegen noch nicht die nötige Beachtung geschenkt. Dem Vorstand wurde darum von selbst die Aufgabe zugeteilt, hierin auch in unserm Bezirk Wandel zu schaffen. Mit Optimismus werde der Vorstand auch weiterhin der guten Sache dienen. Die darauf vorgenommene Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Als Delegierte zur Generalversammlung der Gewerkschaft wurden der Vorsitzende und der Schriftführer bestimmt. Der Vorsitzende gab dann noch die geplanten Veranstaltungen des kommenden Jahres bekannt. Auch das nächste Jahr steht nach dem Zeichen intensiver Werbung für unsere Sparte. Die Wahl des Kollegen Wolfram in den Verbandsvorstand wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen. In alle bisher unserer Sparte noch fernstehenden Kollegen erging die Mahnung, sich jetzt endlich ihrer Sparte anzuschließen, um durch tarifliche, berufliche und gewerkschaftliche Schulung dem Verbandsangelegen zu dienen.

Hfen. (Drucker.) Am 10. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Obwohl auch im vergangenen Jahr der Vorstand in jeder Weise bemüht war, den Mitgliedern etwas zu bieten, läßt der Versammlungsbesuch noch zu wünschen übrig. Vom Vorsitzenden wurde der Jahresbericht erstattet. Aus dem Bericht des Kassierers ergab sich eine Verschlechterung des Kassenbestandes gegenüber dem Vorjahr. Der Vorstand wurde auf Antrag in seiner alten Zusammenfassung einstimmig wiedergewählt. Mit dem Wunsch, daß das kommende Jahr eine Besserung unserer gewerblichen Lage bringen möge, und somit eine neue Bedeutung unres Vereines, fand die Versammlung ihren Abschluß.

R. M. Schilling a. M. Unsere Jahresversammlung vom 12. Januar konnte wiederum einen guten Besuch aufweisen. Eingangs gab Vorsitzender Gutekunst die Neujahrsgriße bekannt, ferner ein Dankschreiben des Gauvorsitzers K. E. in (Stuttgart), dem anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums als Gaugastgeber eine künstlerisch angefertigte Mappe vom Ortsverein zugegangen war. In seinem Jahresbericht ging der Vorsitzende auf die wirtschaftliche Lage ein. Zu Verbandsfragen übergehend stellte Redner fest, daß die letzten Lohnverhandlungen ein gewisser Erfolg gewesen sei. Am 2. Februar müsse jedoch alles versucht werden, um einen Lohnabbau der Prinzipale zu unterbinden. Der Geschäftszweig im hiesigen Buchdruckgewerbe im vergangenen Jahr konnte befriedigen. Den angestrebten Arbeitslosen und Invaliden am Ort wurden anlässlich des Weihnachtsestes je 20 M. überreicht. Der Kassenbericht war zufriedenstellend, obwohl infolge der starken Inanspruchnahme der Ortsvereinstaffe durch Durchreisende usw. der Kassenbestand ganz gewaltig zurückgegangen ist. Hierauf gab Schriftführer S. P. die letzten Besanftaltungen zu wünschen übrig läßt. Hierauf wurde dem Vorstand und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Beim Punkt „Neuwahlen“ konnte der Vorsitzende mitteilen, daß sich der gesamte Vorstand auch im kommenden Jahr zur Verfügung stelle. In seiner einstimmigen Wiederwahl fand das Vertrauen der Kollegenschaft zum Ausdruck. Unter „Verschiedenem“ wurde über interne örtliche Angelegenheiten diskutiert.

Frankfurt a. M. (Drucker. - Vierteljahrsbericht.) In unserer Oktoberversammlung erfolgte die Bekanntgabe zu einer Besichtigung des „Kobold-Autotiegels“ der Firma Kappfroh & Schneider. Am Samstag fand eine Herrentour nach Dietesheim mit dem „Gutenberg“ und der Handsegerpartie statt. — Zum Rundschreiben der Zentralkommission, das gelesen und besprochen, wurden besonders die Teststudien und die Einheitszurichtung behandelt und von sämtlichen Anwesenden zum Ausdruck gebracht, daß hauptsächlich unsere letztgenannte Forderung unbedingt zur Durchführung kommen müßte. Nicht eine Vertagung der Zurückzeit erwarten wir von den Richtlinien über die Einheitszurichtung, sondern unser Nachwuchs soll zu einer guten Zurückmethode erogen werden. Auch in der Abklärung der Schichtwechsel versprechen sich einige Redner viel. Kollege Hummel hielt zu unserm Jahresabschluss einen Einführungsbeitrag mit Lichtbildern, in dem Anleitung zur Farbenlehre gegeben und Körpergehalt der Farben, Ordnung der Lichtstrahlen, Mischen der Farben, deren Gewinnung und Herstellung sowie die jeweilige Konsistenz für Tiegels, Schnellpresse und Rotationsausführung erklärt wurden, durch starken Beifall belohnt. Eingangs der Novemberversammlung erfolgte die Begrüßung der einzelnen Spartenvertreter, Handseger, Stereotypenre, Korrektoren und Maschinensetzer, die zu einer Aussprache über die technische Zusammenarbeit in den Betrieben geladen waren. Vorweg ist zu bemerken, daß es das ungeheure Tempo in allen Betrieben naturgemäß mit sich bringt, daß Reibungen unausbleiblich sind, die jedoch bei einigermaßen gutem Willen und vor allem durch kollegiales Zusammenarbeiten zu vermeiden sind. Alle Vertreter gaben sich gegenseitige Winke der Verständigung, um trotz alledem ein rationelles Arbeiten zu ermöglichen, und die Aussprache gipfelte in dem Wunsche, daß solche Zusammenkünfte innerhalb der einzelnen Gruppen öfters auf der Tagesordnung erscheinen, was auch die reichhaltige Diskussion bestätigte. — Nach der Lichtbildervorführung über die „Mische-Veritas“ in der Versammlung am 12. Dezember fand anschließend am 13. und 15. Dezember eine Besichtigung dieser Maschine statt, die in ihrer Konstruktion, Bedienung und Verwendbarkeit für alle Druckarten allseitige Anerkennung fand. Unter „Geschäftlichem“ machte der Vorsitzende auf die im Januar beginnenden Winterferien aufmerksam, die auch den arbeitslosen Kollegen empfohlen werden. Ferner auf einen Wodenendkurs für den Klebdruck auf zarten Papieren und den Einbdruck für hohe Auflagen. In einem zweiten Lichtbildervortrag sprach Kollege Stütz in fast zweistündiger, stehendem Vortrag über „Alte und neue Kunst“, den früheren Stil der Bauweise in Gotik, Romanik, Renaissance und Barock dem jetzigen gegenüberstellend. Nach einer kurzen Diskussion und einem Schlußwort des Referenten, dem reichlicher Beifall gespendet wurde, sprach ihm Kollege Hummel Dank aus.

Freiburg i. Br. (Maschinensetzer.) Der Bezirk Freiburg der Oberbairischen Maschinensetzervereinigung hielt am 11. Januar seine Generalversammlung ab. Sie erstreckte sich eines guten Besuchs. Als Gäste konnten neben dem Vorsitzenden der Schweizerischen Zentralkommission der Maschinensetzer, Kollegen Wälsche (Basel), und dem Vorsitzenden der Basler Vereinigung, Kollegen Juds, Gauvoisfcher Sandfort sowie Vertreter der übrigen Sparten begrüßt werden. Für den am Erscheinenden verhandelten Bezirksvorsteher war dessen Stellvertreter anwesend. In seinen Mitteilungen gab Vorsitzender J. Müller einen Bericht über die allgemeine Wirtschaftslage, die in ihren Erscheinungen stark an die Inflationsjahre erinnere, wo Entlassungen, Kurzarbeit und Schließung von Betrieben auf der Tagesordnung standen. Auch im Bezirksgebiet machte sich die wirtschaftliche Depression unmissbar bemerkbar. Die Pflege des Technischen kann als vorbildlich bezeichnet werden, was dem Vorsitzenden Veranlassung gab, der Technischen Kommission und ihrem Obmann Dank und Anerkennung zu zollen. Der Mitgliederbestand des Bezirks betrug am 31. Dezember 1930 69. Der Kassenbestand ist günstig zu nennen. Daß die uns gegenwärtig am meisten bewegende Frage der kommenden neuen Lohnverhandlungen und deren Aussichten sowie die Beschlässe der letzten Gauvoisfcherkonferenz entsprechend ventiliert wurden, versteht sich von selbst. Leider glaubten auch hier einige „Selben der Feder“ ihrem Anmut durch Ausschüttung ihres Koffers auf die Funktionäre Luft machen zu müssen. Durch ihr tapferes Verhalten hinter einem Pseudonym war es bis jetzt nicht möglich, zu erfahren, welches Spartenangehörige sie tragen. Ihr Verhalten wurde in der verdienten Weise gesehensüchtig. Als Referent des Tages hatte sich in liebenswürdiger Weise Gauvoisfcher Sandfort zur Verfügung gestellt. Er hatte sich ein Thema gewählt, das in der Jetztzeit mit ihren serienweisen Lohnkämpfen als überaus aktuell zu bezeichnen ist. In leichtverständlicher Form machte er uns mit allem Wissenswerten über den Streit bekannt, so Bedeutung, Zweck und Form, die rechtliche Stellung der Streitenden, Schadenersatzanspruch bei illegalem Streit, rechtlicher Stand bei Arbeitsverbot und erklärtem Schiedspruch, ferner Wirkung des Streits auf das Arbeitsverhältnis usw. Auch das umgekehrte Verhältnis im Fall einer Aussperrung wußte Redner treffend klarzulegen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden zwei Aufnahmen vollzogen. Unter „Technischem“ stellte der Obmann der Technischen Kommission Betrachtungen über die neuerdings in der Literatur propagierte Photo-Schneidemaschine an. Diese waren allgemeiner Art, da man in unsern Kreisen diesen Neuerscheinungen ziemlich skeptisch gegenübersteht, bevor nicht der Praktiker Gelegenheit zur Urteilsbildung gefunden hat. Mit der Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten fand die in gutem Geist verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Gera. (Handseger.) In unserer Jahreshauptversammlung am 17. Januar gab Vorsitzender Kante den Anwesenden Kenntnis von den eingegangenen Neujahrswünschen. Nach geschäftlichen Mitteilungen folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden und der des Kassierers. Beide Berichte wurden debattelos entgegengenommen. Dann berichtete Kollege Kante über die zweite Thüringer Handsegerkongresskonferenz in Weimar und über die dort gefassten Beschlüsse, mit welchen sich die Versammlung einverstanden erklärte. Der Monatsbeitrag wurde in der bisherigen Höhe beibehalten. Der Tagesordnungspunkt „Wahlen“ ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden; Kollege Werbold lehnte die Wiederwahl als Kassierer ab, an seine Stelle wurde Kollege Max Zippel gewählt; die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder ergab ebenfalls eine Veränderung. Zum Schluß wurden verschiedene Angelegenheiten besprochen und erledigt. Dann wohnen unsere Mitglieder der sich anschließenden Jahresversammlung der Bildungsverbandsgruppe bei.

Gräfenhainichen. (Handseger.) Unsere Jahreshauptversammlung vom 17. Januar war nur mäßig besucht. Hauptsächlich die jüngeren Kollegen gänzten durch Abwesenheit. Vorsitzender Reichert gab einen ausführlichen Bericht über das verfloßene Jahr. Er betrieidigte allerseits, ebenfalls der vom Kassierer gegebene Kassenbericht. Einstimmig wurde der Gesamtvorstand wiedergewählt. In den nächsten Wochen wird Herr Mittelschullehrer Weyer wiederum in der Schule wissenschaftliche Vorträge halten, woran auch die Lehrlinge unentgeltlich teilnehmen können. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, auch im neuen Jahr fest zur Vereinigung zu stehen und eine noch größere Aktivität zu zeigen, damit wir unsern Zielen näher kommen. **Grünstadt.** Unsere Generalversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Otto Benz eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß das verfloßene Jahr ein arbeitsreiches war. Die reichhaltige Bibliothek wurde im Laufe des Jahres rege benutzt. Den Kassenbericht gab Kollege Hummel. Die Neuwahl des Vorstandes erfolgte sehr schnell, da die Vorstandsbasis per Affirmation wiedergewählt wurde. Verschiedene Anfragen wurden noch beantwortet und Vorsitzender Benz schloß dann die Jahreshauptversammlung mit Dank an die vollzählig erschienenen Kollegen.

Kassel. (Maschinensetzer.) Am 11. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Nach Begrüßung und Besprechung der eingegangenen Neujahrswünsche und andern Mitteilungen gab Vorsitzender Jersch den Jahresbericht. Trotz des Ennstes der Zeit war der vorjährige Versammlungsbesuch ein recht belühmender. Die Kollegen schienen sich nicht bewußt zu sein, daß der Wirtschaftskrisis. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 74 (gegen 76 im Vorjahr). Nach den Berichten der andern Vorstandsmitglieder erfolgten kurze Mitteilungen aus den einzelnen Betrieben über tarifliche und hygienische Zustände, die im allgemeinen zufriedenstellend lauteten. Nach beantragter Entlastung des Gesamtvorstandes schritt man zur Neuwahl des Kassierers, der sein Amt aus Gesundheitsrückgründen niederlegte, und zwar ging Kollege Fupe aus der Wahl hervor, während die übrigen Vorstandsmitglieder durch Zufall wiedergewählt wurden. Es erfolgte dann Bekanntgabe einiger technischer Mitteilungen. Möge das neue Jahr ein festes Zusammen-

pa. o. Köln. (Handseger.) Unsere Generalversammlung am 17. Januar war gut besucht. Vorsitzender

Strathmann gedachte zunächst ehrend unsern Toten aus dem vorigen Jahr. Unter „Geschäftlichem“ forderte der Vorsitzende die gesamte Mitgliedschaft auf, recht zahlreich zur Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft am 1. Februar zu erscheinen. Des weiteren machte er auf den bei geüßiger Anmeldung festsitzenden Buchführungskursus aufmerksam. Zum Jahresbericht unserer Vereinigung verwies er auf den gebrauchten Bericht des Bezirksvereines, in welchem ja derjenige unserer Vereinigung untergebracht ist. Der Vorsitzende führte noch verschiedene Punkte an, in welchen er Klarlegte, wie tabal die Prinzipale vorgehen, gab aber der festen Zuversicht Raum, daß sich die gesamte Mitgliedschaft in der Abwehr einig ist. Der Kassenbericht des Kollegen Jemand schloß mit einem Abschluß ab, gewiß ein Zeichen parlamentarischen Haushaltens. Jahres- und Kassenbericht wurden hierauf zur Diskussion gestellt und einstimmig angenommen. Speziell dem Kassierer wurde für seine Rechnungsführung besonderer Dank gesagt und einstimmig Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ging schnell vonstatten, da der Vorstand per Affirmation wiedergewählt wurde. Der Vorstand, welcher aus sieben Kollegen bestehend, wurde auf fünf herabgesetzt. Der Vorsitzende dankte im Namen des Vorstandes für die einmütige Wiederwahl und versprach, sein Bestes herzugeben. Unter „Verschiedenem“ erfuhr die sich der Vorsitzende, inwiefern in den einzelnen Betrieben die Leistungslagen abgebaut worden sind. Diese Frage war Anlaß zu einer regen Diskussion, aus welcher sich herausstellte, daß sehr wenige Prinzipale soziales Verständnis für ihr Personal haben.

Randberg a. d. W. Zur Jahreshauptversammlung am 17. Januar war der Besuch im Gegensatz zu den vorausgegangenen Versammlungen befriedigend. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und der Erstattung des Kassenberichts vom vierten Quartal kam Vorsitzender Hoffmann auf die Lohnverhandlungen und auf die Einführung der gestaffelten Beiträge zu sprechen. Dabei erwähnte er, daß es Pflicht der Kollegen sei, den Druckereikassierern die Arbeit des Kassierens zu erleichtern. Der Jahresbericht des Vorstandes gab ein anschauliches Bild von der großen Fluktuation im Gewerbe. Waren doch ständig arbeitslose Kollegen am Ort, zum Teil in größerer Anzahl, vorhanden, für die unter den gegenwärtigen Verhältnissen wenig Aussicht auf Unterbringungsmöglichkeit besteht. Die Vorstandswahl erledigte sich schnell, da sämtliche Ämter in der alten Besetzung verblieben. Bemerkenswert ist, daß Kollege Max Hoffmann bereits im 12. Jahre als erster Vorsitzender amtiert. Auch die übrigen Angelegenheiten fanden ohne Debatte ihre Regelung. Unter „Verschiedenem“ konnten die auf Grund der Präsenzfeststellung ermittelten notorischen Versammlungschwärmer namhaft gemacht werden, wobei äußerst traffe Fälle besondere „Bildung“ fanden.

Wegeln. (Maschinensetzer.) Unsere am 18. Januar hier abgehaltene Bezirkshauptversammlung hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Eine Ausfertigung von Neuerungen an der Linotype, die der Versammlung vorausgehen sollte, konnte leider nicht stattfinden, da trotz rechtzeitiger Bestellung und erfolgter Zulage die Sendung nicht eingetroffen war. Vorsitzender Köhler eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten, besonders begrüßte er unsern Orts- und Bezirksvorsitzenden Scholz. Der gegebene Bericht über das verfloßene Jahr ließ erkennen, daß das Berichtsjahr seit Weichen der Sparte das schwerste war. Noch nie haben wir Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit so gefühlt wie in dieser Zeit. Die Unternehmer sehen gerade jetzt die Zeit für gekommen, den von ihnen gemollten Lohnabbau zu vollziehen und geben diesem Wunsch in Artikeln ihrer Presse unumwunden Ausdruck. Wir haben das volle Vertrauen zu unserer Führerschaft, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen kein Mittel unversucht läßt, den ungerechtfertigten Lohnabbau zu verhindern. Der enge Zusammenhalt in unserer Sparte bietet die Gewähr für einen erfolgreichen Abwehrkampf. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß der alte Gewerkschaftsgrundsatz: Einer für alle, alle für einen! heute mehr denn je seine Berechtigung hat. Die Technische Kommission konnte von erfolgreicher Tätigkeit im alten Jahr berichten. Die Arbeit soll in gleicher Weise auch im neuen Jahr fortgesetzt werden. Die Kassenverhältnisse sind zufriedenstellend. Antragsgemäß wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die nächste Zeit hat uns von der Abhaltung eines Stiftungsestes Abstand nehmen lassen. Das diesjährige 25. Stiftungsfest wird, der Zeit entsprechend, in würdiger Weise gefeiert werden. Die Wahlen zum Vorstand ergaben einstimmige Wiederwahl mit Einschluß der Revoren. Unter „Verschiedenem“ wurde vom Kollegen Köhler die neue Stern an Schmalhainichen: Die Ultraperlicht-Schneidemaschine an Hand eines Fachartikels näher illustriert. — Eine kleine Fidelitas hielt die Kollegen noch bis zum Abgang der Hitze zusammen.

Wagdeburg. (Handseger.) Zu Beginn unserer Generalversammlung am 17. Januar wurde in ehrender Weise des verstorbenen Kollegen August Köhler gedacht, der der Vereinigung seit ihrer Gründung angehört und stets mit regem Interesse allen Versammlungen und Besanftaltungen bis zu seiner Erkrankung beiwohnte. Der Geschäftsbericht für das verfloßene Jahr 1930 wurde vom ersten Vorsitzenden Biele in einigen kurzen, leicht verständlichen Sätzen der Versammlung unterbreitet. Über 130 arbeitslose Handsegerkollegen waren Ende Dezember 1930 auf dem hiesigen Arbeitsnachweis eingetragene und leider ist noch zu Anfang des neuen Jahres diese an sich schon sehr hohe Zahl wieder erheblich überschritten. Trotz alledem und erst recht in Notzeiten sollten wir Handseger fest zusammenstehen und im Dienst an der Sparte dem Verband als Ganzes mit unsern besten Kräften dienen, zum Wohl für alle Berufsangehörigen. Im verfloßenen Jahr hat der Vorstand der hiesigen Vereinigung nichts unversucht gelassen, durch Vorträge von allen Wissensgebieten den Kollegen die Versammlungen interessant zu gestalten und hat ihnen auch in tariflicher Beziehung so manche Aufklärung zuteil werden lassen. Dem Kassierer Köhler war eine dankbare Aufgabe beschieden, als er der Versammlung die Kassenverhältnisse zu schildern hatte. Durch parasitäres Wirksamkeit war es ihm trotz der großen Anzahl von arbeitslosen Spartenmitgliedern bei einem Mitgliederbestand von 220 Kollegen in jeder Weise gelungen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und darüber hinaus mit einem ansehnlichen Kassenbestand das neue Geschäftsjahr zu beginnen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung

erteilt. Der Vorsitzende der Berechnungskommission, Kollege **Stemann**, mußte in seinem kurzen Bericht leider feststellen, daß die Kommission bisher recht wenig in Anspruch genommen worden ist. Er sprach die Hoffnung aus, daß darin in der Zukunft eine Besserung eintreten möge und will versuchen, bei den Kollegen der Berechnungskommission durch Beispiele aus der Praxis die Lust und Liebe an ihrer wichtigen Arbeit für die Allgemeinheit zu fördern. Die darauffolgende Vorstandswahl war in kurzer Zeit erledigt; sie ergab keine wesentlichen Veränderungen. Als erster Vorsitzender wird Kollege **Widfeld** die Geschäfte der Sparte weiterführen. Der Kassierposten bleibt in den Händen des Kollegen **Kobig**. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und nach einer Kritik an einer Festdrucke, die in technischer Hinsicht unter aller Würde ausgeführt war, fand die erste Versammlung des Jahres 1931 in ziemlich vorgeschrittenem Stadium ihr Ende.

Magdeburg. (Korrektoren.) Unsere Jahreshauptversammlung am 11. Januar hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Obwohl bekannt war, daß den auswärtigen Kollegen die dieser Tagung übliche Fahrgeldbefreiung ausnahmsweise nicht zugestimmt werden konnte, hatten es sich einige Kollegen von Köthen, Bernburg und Burg nicht nehmen lassen, zu erscheinen. Diesen finanziellen Opfern und das damit gezeigte Interesse am Vereinsleben wußten alle Teilnehmer zu würdigen. Nach Begrüßungsworten des Kollegen **Buchholz** ehrte die Versammlung das Andenken eines plötzlich aus dem Leben geschiedenen Kollegen. Der Erledigung des geschäftlichen und tariflichen Teiles folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden, in dem er kurz die 25. Gründungsfeier und das Wesentliche der im Geschäftsjahr 1930 geleisteten Arbeit hervorhob. Acht Vorträge auf sprachlichem Gebiet, von Kollegen aus unserer Mitte gehalten, trugen wesentlich zur Erweiterung des Wissens der Kollegen bei. Der vom Kollegen **Schärdler** gegebene Kasienbericht zeigte trotz der hohen Ansprüche, die der Kasse durch die Jubiläumsgestecke gestellt worden waren, ein geringeres Plus an Bestand. Die Vorstandswahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des amtierenden Vorstandes. Wie in allen Zusammenkünften, so entspann sich auch bei dieser unter „Nachtednischen“ eine rege Diskussion. Und wenn unsere Gäste, der Vertreter des Ortsvereins und die der einzelnen Sparten, zum Schluß ihre Freude über den recht kollegialen Geist, der in unserer Versammlung herrschte, zum Ausdruck brachten, so möge dies den unsern Veranstaltungen immer noch abseits stehenden Veranlassung sein, diese Zusammengehörigkeit in Zukunft mit zu pflegen und zu fördern.

Mainz. Eine nahezu vollständig besetzte außerordentliche Bezirksversammlung am 25. Januar beschäftigte sich mit dem Thema: „Lohnabbau im Mainzer Buchdruckergewerbe“. Bezirksvorsitzender **Weyrich** ließ zu Eingang seiner Ausführungen die falsche Politik der Reichsregierung in bezug auf Lohnabbau Revue passieren und bezeichnete solche Maßnahmen als ein Verbrechen am Volk. Das Märchen vom sogenannten Preisabbau fand entsprechende Beleuchtung. Die neuesten Ereignisse zeugen von einer Taktik der Prinzipale, die nur zu leicht zu durchschauen ist. Wenn diese Herren, wenige Tage vor Abschluß des neuen Tarifs, im Vertrauen auf einen zu ihren Gunsten durch Gewaltmaßnahmen zu erwartenden Schiedspruch, Sondermaßnahmen sich zu erlauben gerühnen, so darf man dies wohl als eine Rücksichtslosigkeit im höchsten Maße bezeichnen. Nur zu durchsichtig lassen diese neuen Maßnahmen des Abbaues der Leistungslagen die Taktik erkennen, die man ohne weiteres als eine rein prinzipielle bezeichnen muß. Feststellungen ergaben, daß ein Abbau von 50 Proz. bzw. von 7 M. bis 50 M. ins Auge gefaßt wurde. Der Veranlassung blieb auch nicht unbekannt, daß bereits in andern Druckorten die gleichen Maßnahmen seitens der Unternehmer versucht wurden, allerdings ohne Erfolg. Am Schluß seiner Ausführungen gab der Vorsitzende Fingerzeige, wie dem Verlaß der Unternehmer zu begegnen sei. Eine große Anzahl Diskussionsredner ging mit den Ausführungen des Vorsitzenden konform. Die am Schluß der Diskussion vollzogene Abstimmung bewies eindeutig, daß die Mainzer Kollegenschaft im gegebenen Moment bereit ist, der Prinzipalität die richtige Antwort zu geben.

Meiningen. In unserer Generalversammlung am 10. Januar erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht und forderte alle Kollegen zur Aktivität innerhalb unserer Gewerkschaft auf, die heute, auch in kleinen Orten, mehr denn je nötig sei. Der Bericht von den Lohnverhandlungen wurde entgegengenommen, eine entsprechende Entschiedenheit für die kommenden Verhandlungen an den Gauvorstand gerichtet. Der Verlaß eines heiligen Unternehmens, die überartifizischen Löhne teilweise abzubauen, kann als gesichert angesehen werden. Durch die Verlegung der „Werra-Wacht“ nach Eisenach hat der Ortsverein einen Teil seiner rührigsten Kollegen verloren, doch begrüßen es, daß diese restlos mit übernommen sind. Dem damit aus dem Ortsverein ausscheidenden langjährigen Kassierer, Kollegen **Thasler**, wurde für seine treue Amtsführung Dank ausgesprochen. Der Vorstand wurde in der alten Besetzung wiedergewählt. Der Obmann der Handsekerpartie, Kollege **Higier**, brachte deren Bedeutung zum Ausdruck und forderte zum weiteren Beitritt auf. Interne Angelegenheiten beendigten die angeregte verkaufene Versammlung.

R. Neubamm. Die am 10. Januar abgehaltene Jahreshauptversammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Dem vom Vorsitzenden **Wißhelm Schröder** erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß das verstorbene Jahr ein schweres für die Gewerkschaft war. Trotzdem wollen wir den Mut nicht sinken lassen. Der Versammlungsbesuch war als gut zu bezeichnen. Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, ergab der Bericht über die Bilanzsumme. An 324 Durchreichende wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember für Verpflegung und Reisegeld 735,90 M. ausgezahlt. Die Monate August mit 48, September mit 42 und Dezember mit 41 durchreisenden Kollegen waren die teuersten für unsere Kasse. Auch der Jahresabschlussbericht brachte Zahlen für Unterhaltungen, die wir kaum erwarten hatten. Dem Vorstand wurde Enttaltung und Dank für seine Mühe und Arbeit ausgesprochen. Die darauf vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl fast aller Vorstandsmittglieder. Nur der Posten des Schriftführers wurde neu besetzt. Nachdem noch eine Kommission für die bevorstehende Betriebsratswahl aufgestellt war, ließ der letzte Punkt „Verschiedenes“ in einer längeren

Ausprache über Aussehen und Entlassungen die Gemüter hart aufeinanderfahren, jedoch glückte sich alles wieder, denn schließlich ist die Kollegialität und Solidarität im Verband doch das Ziel aller Kollegen.

Ohligs (Mhd.). Unsere Generalversammlung am 17. Januar nahm nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen den Bericht des Kollegen **Hofmann** über eine Bezirksfunktionärerversammlung entgegen. Der Referent sprach ausführlich über „Lohnverhandlungen, Lage im Bezirk, Bezirksaufstellungen usw.“. Seinen Ausführungen brachten die Kollegen reges Interesse entgegen. Besonders der Bericht über die Lohnverhandlungen erfüllte die Kollegen mit Genugtuung; weshalb folgende Resolution zur Annahme gelangte: „Der Ortsverein Ohligs nahm in seiner Generalversammlung Stellung zu den Lohnverhandlungen vom 15. Dezember und stellt mit Genugtuung fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, den beabsichtigten Lohnabbau zu verhindern. Er legt das Vertrauen in seine Vertreter, daß sie auch bei den neuen Verhandlungen am 2. Februar alles daran setzen werden, eine Schädigung der Kollegen zu vermeiden.“ Der vom Kollegen **Stamm** gegebene Kasienbericht wies leider einen sehr geringen Bestand auf, was auf die vielen Ausgaben für durchreisende Kollegen zurückzuführen ist. Auf Antrag wurde das Budget bis zum 1. April geperft. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurden Lehrlingsfragen erörtert.

Schwern i. M. (Handseker.) Am 11. Januar fand in Bad Kleinen eine Vorsitzende Konferenz statt, zu der auch unser Gauvorsitzer erschienen war. Außer sehr viel Kleinarbeit, die im Interesse unserer Spartenkollegen zu erledigen war, wurden folgende wichtige Beschlüsse gefaßt: In diesem Jahre findet keine Gauveranlassung statt, dagegen eine solche im Anfang des Jahres 1932 in Müden. Kollegen, die an der Besichtigungsfahrt am 27. Februar nach Berlin teilnehmen, erhalten 3 M. Zuschuß aus der Kasse der Gauvereinsung. — Unsere Generalversammlung am 17. Januar hatte eine lange Tagesordnung, die sich insofern glatt abwickelte. Die Vorstandämter blieben bis auf den Schriftführer in den alten Händen. Die Jahresberichte wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Rege wurde über die Berliner Fahrt debattiert. Den Teilnehmern wurden 4 M., den arbeitslosen Teilnehmern 6 M. hierzu bewilligt. — Am 18. Januar beschäftigten wir unter sehr starker Teilnahme der Kollegen mit ihren Damen das hiesige neuverbaute Krenatorium. Hieran waren auch der Bildungsverband und die Drucker beteiligt.

Berden-Acker. Unsere Versammlung am 14. Januar hatte erfreulicherweise einen guten Besuch zu verzeichnen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und nach Entlastung des Kassierers wurden vom Vorsitzenden **Wägele** die letzten Lohnverhandlungen erörtert. In der sich anschließenden Ausprache wurde unsern Vertretern für ihre bisherige Haltung das Vertrauen ausgesprochen und gleichzeitig der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sie auch bei den Februarverhandlungen ihren Mann stellen, denn auf den so stark propagierten Preisabbau sei wenig Hoffnung zu setzen. Der Vorsitzende kam dann auf die schwierige wirtschaftliche Lage zu sprechen und betonte, daß zur Gewöhnung der Verhältnisse nicht nur gewerkschaftliche Arbeit, sondern auch soziale Verständnis dringend notwendig sei. Er wandte sich bei dieser Gelegenheit aber doch gegen die Staffellung der Ertragsbeiträge. In unserm Ort werden jetzt von einer Anzahl Kollegen wöchentliche Ertragsbeiträge in Höhe eines halben Verbandsbeitrages und darüber geleistet. Zum Teil sind diese Kollegen Kriegsteilnehmer, denen man nach dem Krieg die Kriegsdienstjahre nicht anrechnete und sie dadurch in der Bartezeit zur Erlangung ihrer Unterhaltungen erheblich benachteiligte. (Die Schwierigkeiten der hier erwähnten Anrechnung sind gelegentlich des letzten Verbandstages überzeugend dargelegt worden. Durch die inzwischen stark gestiegenen Ansprüche an die Invalidenunterstützung des Verbandes sind die Schwierigkeiten einer event. Regelung noch größer geworden.) (Schriftleitung.) Man sollte deshalb bald an die Neuregelung der Ertragsbeiträge herangehen und diese als ordentliche Verbandsbeiträge erheben, das heißt, sie als solche verrechnen. Am Schluß der Ausprache war man allgemein der Ansicht, daß nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit das Heer der Arbeitslosen verringert werden kann. Mit einem Treuegelübnis zum Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Weimar. (Handseker.) Am 11. Januar fand hier die zweite Vorstandskonferenz der Handsekervereinsung im Gau Thüringen statt. Vertretern waren die Ortsgruppen Altenburg, Koburg, Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha, Jena, Langensalza, Naumburg, Rudolstadt, Suhl und Weimar. Als Vertreter des Gau Thüringen im Verband der Deutschen Buchdrucker war Gauvorsitzer **Wislaga** erschienen. Der Konferenz harpte eine reichhaltige Tagesordnung. Kollege **Schäfer** (Weimar) als Vorsitzender der Gauvereinsung gab einen umfassenden Situationsbericht über das Gewerbe im allgemeinen und die Sparte im besonderen. Die Gründung der Sparte war eine Notwendigkeit; leider fiel die Ansetzung auf dem Verbandstag in Frankfurt a. M. in eine Periode absteigender Konjunktur. Die Entwicklung ging demzufolge nicht so voranschreitend, wie es notwendig wäre. Trotz der großen Arbeitslosigkeit der Handseker (22 Proz. im Gau), ist es gelungen, einige neue Ortsgruppengründungen vorzunehmen und mehrere vorbereitende Verhandlungen abzuhalfen. In Pöfnick ist es leider nicht möglich gewesen, eine Ortsgruppe zu gründen, obwohl es dort notwendig wäre. Am Hand der Statistik des Verbandsvorstandes vom November 1930 wurden Einzelheiten über die Entlohnung der Handseker im Gau Thüringen gegeben. Von 2028 Handseker im Gau Thüringen am Schluß des Jahres 1930 sind nur 708 Kollegen in der Sparte vereint. Hoffentlich gelingt es im Jahre 1931, die übrigen 1300 Kollegen aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwecken und einzuziehen in die Front der Handsekerbewegung. Die Ausprache, die auf einer beachtlichen Höhe stand, ergab am Schluß die Anerkennung der Arbeit, die der Vorstand im abgelaufenen Jahr geleistet hatte. Aus den Berichten der Ortsgruppen war eine richtige Tätigkeit zu ersehen. Eine ersprießliche Arbeit mit dem Bildungsverband konnte meistens festgestellt werden. — Der ausgedehnte Gau

Thüringen erforderte die Abhaltung von zwei Wanderversammlungen, die am 15. Juni in Gotha und am 22. Juni in Gera stattfanden. Auch in diesem Jahre sollen zwei Wanderversammlungen stattfinden, und zwar in Eisenach und Jena. Einige Anträge wurden dem Vorstand als Material für die nächste Vorstandskonferenz der Zentralkommission überliefert. Als Ort der dritten Vorstandskonferenz wurde Erfurt bestimmt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch auf ferneres gutes Zusammenarbeiten die Konferenz.

Allgemeine Rundschau

Lohnverhandlungen im Schriftgießergewerbe. Die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Lohns für das Schriftgießergewerbe (siehe „Korr.“ Nr. 3) wurden am 26. und 27. Januar im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Ministerialrats **Proff** fortgesetzt. Die Unternehmer vertraten energisch die Auffassung, daß nur durch eine wesentliche Senkung der Gestehungskosten, in erster Linie eine Herabsetzung der Löhne, neue Arbeitsmöglichkeiten im Gewerbe geschaffen werden könne. Demgegenüber betonten die Vertreter der Arbeiterchaft, daß sie schon seit Jahren den Unternehmern und dem Gewerbe durch Kurzarbeit erhebliche Opfer gebracht hätten und daß es untragbar sei, in einen Lohnabbau einzuwilligen. Sie verlangten, daß die Entscheidung über die beiderseitigen Anträge bis zur Erledigung der Lohnverhandlungen für das Buchdruckergewerbe ausgesetzt werde. Nach langwierigen Verhandlungen wurde schließlich zwischen den vertrittenden Organisationen folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Verhandlungen über die Lohnregelung im Schriftgießergewerbe werden ausgesetzt. Als neuer Verhandlungstermin wird Montag, der 9. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, bestimmt.
2. Die kommende Tarifregelung für das Schriftgießergewerbe darf durch die für das Buchdruckergewerbe in Aussicht stehenden Verhandlungen oder Entscheidungen in keiner Weise beeinflusst werden.
3. Die neue Tarifregelung im Schriftgießergewerbe hat mit Wirkung vom 1. Januar 1931 in Kraft zu treten.

Graphik-Abteilung der hildischen Kunstgewerbe- und Handwerker-Schule Berlin-Ost. Das Sommersemester 1931 beginnt Anfang April. Der Schüler aus dem graphischen Gewerbe findet hier zeit- und preisgemäße Werkstoffausbildung, ebenso gründliche Gelegenheit zur Erlernung der Ergänzungsfächer und Kennenlernen der Nachbarverfahren. Die Abteilung gliedert sich in Holz-, Glas- und Lederdruck und Reproduktions-Photographie, Tages- und Abendunterricht, Pflege guter Typographie; gewerbliche Sonderarbeiten, Preis- und Bierjardendruck, Kalkulation und andres. Auskunft wird erteilt durch das Sekretariat der Schule, Andrastraße 1-2.

Ein neuer Werkfilm der Intertype-Schmashinen-G. m. b. H. in Berlin. Dieser Tage war zahlreichen Vertretern der gelamten graphischen Fachpreise Gelegenheit geboten, in den Ausstellungsräumen der Intertype-Gesellschaft im „Europahaus“ (am Anhalter Bahnhof) einen neuen, kontrastiv sehr anschaulichen Intertype-Werkfilm zu besichtigen. Es handelt sich dabei um einen mit großer Sorgfalt hergestellten vierteiligen Film von etwa 1200 m Länge und einer mehr als einfündigen Laufdauer. Alles was mit der Fabrikation der Intertype, ihrer Arbeitsweise, ihrer Leistungsfähigkeit und Verbreitung zusammenhängt, wird dem Betrachter in interessanter Art vor Augen geführt. Ein besonderes Kapitel ist der Matrizenherstellung gewidmet. Der Film ist zur Vorführung in technischen Vereinigungen und in sonstigen Interessentenzentren bestimmt. Diesbezügliche Anträge oder Anfragen sind an die Intertype-Schmashinen-G. m. b. H. in Berlin SW 11 zu richten.

Verkaufte graphischer Großbetrieb. Die in Stellung begriffene Hachebil AG, Buchdruckerei und Verlag in Berlin bildet ein Schulbeispiel dafür, mit welcher Leichtigkeit ein gut beschafftes Unternehmen binnen kurzer Zeit sinnlos in Grund und Boden gewirtschaftet werden kann. Bereits im April 1930 war eine gründliche Sanierungsaktion notwendig geworden, da die Bilanz für 1928/29 einen Verlust von 2,1 Mill. M. auswies. Das Aktientkapital wurde von 4 Mill. M. auf eine Million herabgesetzt und auf 2,5 Mill. M. wieder erhöht, so daß der Gesellschaft 4,5 Mill. M. an Budgetgewinn und Barbeträgen zugeflossen sein müssen, die außer der Tilgung des Verlustes starke Abschreibungen ermöglichten. Am so erstaunlicher war es, daß das Geschäftsjahr 1929/30 mit einem noch höheren Verlust von 3,4 Mill. M. abschloß, noch merkwürdiger, daß davon 1,8 Mill. M. aus der Zeit vor der Sanierung stammen sollen, dem allerdings 1,2 Mill. M. an Rückstellungen gegenüberstanden. Laut Erklärung der Verwaltung sind die Ursachen des Zusammenbruchs auf „Mängel der Organisation des Unternehmens“ und ferner auf die „Belastung durch weisensfremde, verlustbringende Beteiligungen“ zurückzuführen. (Beispielsweise war der Verlag an der **Wolke** AG, der Herstellerin des bekannten Sommergetränks, finanziell beteiligt.) Die kreditgebenden Banken hatten sich gefesselt durch Zupfandnahme der Verlagsrechte für die „Multitrierte Zeitung“ und die Hausfrauenzeitungen. Um die Verlagsrechte zu erhalten, wurden mit der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt („Deutsche Allgemeine Zeitung“) und andern Firmen Abkommen getroffen, die das Weitererhalten der Zeitungen der Gesellschaft sichern. Unter der offen zugegebenen Unfähigkeit und den überaus merkwürdigen Finanzgeschäften der früheren Verwaltung werden nach der jetzt noch schwebenden Stilllegung des technischen Betriebes zahlreiche Arbeiter und Angestellte hart in Mitleidenchaft gezogen werden, wenn auch ein Teil des Personals von den andern Firmen übernommen wird. Der Machtkampf unter den Großaktionären dürfte sich in Gestalt von Schabenserschlagen vor den Gerichten abspielen.

Tüneses Papier. Von der Firma „Selenophon“ in Wien wurde vor einigen Monaten ein Papier auf den Markt gebracht, das zur Schallplattenproduktion nach Art des Tonfilms dient. In der Zeitschrift „Die Kralle“ wurde nun neuerdings das Verfahren allgemeinverständlich

